



N i e d e r s c h r i f t

**der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Stadtrates am
25.01.2023**

öffentlich

Ort: **Konzerthalle Ulrichskirche,
Christian-Wolff-Straße 2,
06108 Halle (Saale)**

Zeit: **14:00 Uhr bis 19:10 Uhr**

Anwesenheit: **siehe Teilnahmeverzeichnis**

Anwesend waren:

Mitglieder

Katja Müller	Vorsitzende des Stadtrates
	Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale)
Ute Haupt	Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale)
Anja Krimmling-Schoeffler	Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale)
Marion Krischok	Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale)
Hendrik Lange	Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale)
Dr. Bodo Meerheim	Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale)
Thomas Schied	Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale)
Rudenz Schramm	Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale)
	Teilnahme bis 19.00 Uhr
Dr. Christoph Bergner	CDU-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Christoph Bernstiel	CDU-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Bernhard Bönisch	CDU-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Andreas Scholtyssek	CDU-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Johannes Streckenbach	CDU-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Dr. Ulrike Wünscher	CDU-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Wolfgang Aldag	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Dr. Inés Brock-Harder	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Jan Döring	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
	Teilnahme bis 17.55 Uhr
Christian Feigl	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Dennis Helmich	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
	Teilnahme ab 14.10 Uhr
Dr. Annette Kreuzfeldt	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Dr. Mario Lochmann	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Melanie Ranft	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Johannes Ernst	AfD-Stadtratsfraktion Halle
	Teilnahme bis 19.00 Uhr
Andreas Heinrich	AfD-Stadtratsfraktion Halle
	Teilnahme bis 18.33 Uhr
Carsten Heym	AfD-Stadtratsfraktion Halle
Torsten Radtke	AfD-Stadtratsfraktion Halle
Alexander Raue	AfD-Stadtratsfraktion Halle
Martin Sehrndt	AfD-Stadtratsfraktion Halle
Dörte Jacobi	Fraktion MitBürger & Die PARTEI
Dr. Regina Schöps	Fraktion MitBürger & Die PARTEI
Dr.med. Detlef Wend	Fraktion MitBürger & Die PARTEI
	Teilnahme bis 17.55 Uhr
Yvonne Winkler	Fraktion MitBürger & Die PARTEI
	Teilnahme ab 14.15 Uhr
Tom Wolter	Fraktion MitBürger & Die PARTEI
Dr. Martin Ernst	Fraktion Hauptsache Halle & Freie Wähler
	Teilnahme von 14.30 Uhr bis 18.25 Uhr
Johannes Menke	Fraktion Hauptsache Halle & Freie Wähler
Andreas Schachtschneider	Fraktion Hauptsache Halle & Freie Wähler
	Teilnahme ab 14.50 Uhr
Andreas Wels	Fraktion Hauptsache Halle & Freie Wähler

Dr. Silke Burkert	SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) Teilnahme bis 18.00 Uhr
Eric Eigendorf	SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)
Kay Senius	SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)
Sören Steinke	SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)
Yana Mark	Fraktion Freie Demokraten im Stadtrat von Halle (Saale)
Torsten Schaper	Fraktion Freie Demokraten im Stadtrat von Halle (Saale)
Olaf Schöder	Fraktion Freie Demokraten im Stadtrat von Halle (Saale) Teilnahme bis 18.00 Uhr
Gernot Nette	Stadtrat Teilnahme bis 18.52 Uhr

Verwaltung

Egbert Geier	Bürgermeister
Dr. Judith Marquardt	Beigeordneter für Finanzen und Personal
Katharina Brederlow	Beigeordnete für Kultur und Sport
René Rebenstorf	Beigeordnete für Bildung und Soziales
Oliver Paulsen	Beigeordneter für Stadtentwicklung und Umwelt
Marco Schreyer	Referent für Grundsatzangelegenheiten
Maik Stehle	Leiter Fachbereich Recht Protokollführer

Entschuldigt fehlten:

Stefanie Mackies	Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale)
Elisabeth Nagel	Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale)
Mario Schaaf	CDU-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Claudia Schmidt	CDU-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Beate Thomann	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
René Schnabel	AfD-Stadtratsfraktion Halle
Hans-Dieter Sondermann	Fraktion MitBürger & Die PARTEI
Beate Gellert	Fraktion Hauptsache Halle & Freie Wähler
Dr. Sven Thomas	Fraktion Hauptsache Halle & Freie Wähler
Johannes Krause	SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)

zu Einwohnerfragestunde

Frau Müller eröffnete die Einwohnerfragestunde.

zu Fragesteller 1 zum Sophienhafen

Fragesteller 1 bezog sich auf den Bebauungsplan Nr. 152, der sich mit der Entwicklung des Bereiches südlich des Sophienhafens beschäftigt. Er fragte, wie die Landschaft nicht zur Rückseite degradiert werden kann, wenn an dieser Stelle neun Hochhäuser entstehen sollen, von denen acht etwa 20 Meter über das derzeitige Geländeniveau in die Höhe ragen und eines sogar 28 Meter über das derzeitige Geländeniveau in die Höhe ragen sollen. Er fragte, wie sich der B-Plan mit dem damals aufgestellten Masterplan in Einklang bringen lässt.

Herr Rebenstorf sagte zu, den Fragesteller zu einem persönlichen Gespräch einzuladen und über das Gespräch im Ausschuss für Planungsangelegenheiten zu informieren.

zu Fragesteller 2 zum Bebauungsplan Nr. 200

Fragesteller 2 bezog sich auf den Bebauungsplan Nr. 200 und sagte, dass es seit Jahren kein Konzept hinsichtlich des Niederschlagswassers gibt. Er fragte, warum eine Fläche für die Entstehung neuer Einfamilienhäuser versiegelt werden soll, obwohl es in Dölau auch andere Flächen gibt. Weiterhin wurden mehrere Schilder aufgestellt hinsichtlich eines Radweges von Nietleben nach Dölau und weiter über die Stadfortstraße / Waldstraße.

Herr Rebenstorf sagte, dass mit dem Fragesteller über die Fragen bereits im Ausschuss für Planungsangelegenheiten gesprochen wurde. Bezüglich der Verkehrsschilder erhalte er eine Antwort. Zum Thema Radweg sagte er, dass die Planungen voranschreiten. Zum Thema Niederschlagswasser steht noch eine Antwort er HWS aus.

zu Fragesteller 3 zum Grün- und Freiraumkonzept Altstadt

Fragesteller 3 fragte, wann das Grün- und Freiraumkonzept Altstadt umgesetzt wird und bis wann die wahrscheinlich wegfallenden Parkplätze ersetzt werden.

Herr Rebenstorf sagte, dass das Konzept dazu dient, einen Überblick über die Altstadt und die unmittelbar angrenzenden Stadtteile bzw. Vororte zu erhalten. Es handelt sich um keinen Baubeschluss, sondern es werden Möglichkeiten aufgezeigt, was machbar ist. Jede Möglichkeit unterliegt einer konkreten Planung (Entwurfsplanung, Genehmigungsplanung, Ausführungsplanung). Die drei Teilbereiche, mit denen man zuerst in die Umsetzung gehen möchte, ist der Bereich des Marktplatzes, der Ulrichskirchhof und der Bereich am Domplatz. Hier ist kein einziger Stellplatz betroffen. Alles Weitere ist ein Konzept und dies wurde in den Ausschüssen deutlich gemacht.

zu **Fragesteller 4 zum Grün- und Freiraumkonzept Altstadt**

Fragesteller 4 sagte, dass der Vorstand der Citygemeinschaft von der Verwaltung nicht über den Arbeitsstand zum Grün- und Freiflächenkonzept Altstadt informiert wurde. Er bat hier um Klarstellung, da im Ausschuss für Wirtschaft, Wissenschaft, Stadtentwicklung und Digitalisierung genau diese Äußerung getätigt wurde.

Er sagte, dass das Grün- und Freiraumkonzept nicht den Willen der Bürger widerspiegelt, die sich mittels Bürgerentscheid gegen eine autofreie Innenstadt ausgesprochen hatten. Er fragte, ob der Bürgerentscheid hier nicht maßgeblich ist und warum das Grün- und Freiraumkonzept den Wegfall von Parkflächen aufgreift.

Herr Rebenstorf sagte, dass auf der Arbeitsebene Gespräche zwischen Stadtplanung und Citygemeinschaft stattgefunden haben und es im Bereich Wirtschaft weitere Verknüpfungen gibt, wo ausführlich und sehr umfangreich darüber gesprochen wurde, wie die Altstadt attraktiver gestaltet werden kann.

Das Konzept zur weitestgehend autofreien Altstadt enthielt konkrete Vorschläge, wie z.B. eine Einbahnstraße auszusehen hat, wohin diese geht, wo und in welchem Bereich Parkplatz- und Markierungsanlagen entfallen sollen, wie Nahmobilität über Fahrräder gelöst werden soll. Solche Vorschläge enthält das Grün- und Freiraumkonzept nicht.

zu **Fragesteller 5 zum Grün- und Freiraumkonzept Altstadt**

Fragesteller 5 betonte, dass die Citygemeinschaft nicht in die Pläne zum Grün- und Freiraumkonzept Altstadt einbezogen wurden. Er fragte, wie die Parksituation an Brunoswarte oder der Oper gelöst werden, sollten dort Parkplätze entfallen.

Herr Rebenstorf sagte, dass die Stadt Eigentümer über die kommunale Tochter HWG ist. Es gibt Gespräche, es geht aber um Anwohnerparkplätze und nicht um öffentliche Parkplätze. Die Untere Leipziger Straße ist an das Parkhaus-Ritterhaus sehr gut angebunden. Es geht nicht um diese Flächen. Der Einzelhandel hat weiterhin seine öffentlichen Parkieranlagen, die notwendig sind: Ritterhaus, Hansering, Stadtwerke, Händelgalerie. Alles Weitere betrifft die Anwohner. Das muss auf Eigentumsverhältnisse betrachtet werden und in dem Fall geht es darum, wie sich mit der HWG dahingehend geeinigt wird.

Er sagte weiter, dass die Fläche hinter der Oper verkauft wurde, es öffentliche Stellplätze geben wird und eine bauliche Entwicklung in den oberen Geschossen erfolgen wird.

Es lagen keine weiteren Einwohnerfragen vor. **Frau Müller** beendete die Einwohnerfragestunde.

zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

Die Sitzung des Stadtrates wurde von der Vorsitzenden, **Frau Katja Müller**, eröffnet und geleitet. Sie stellte die Ordnungsmäßigkeit der Einladung sowie die Beschlussfähigkeit mit 44 anwesenden Stadträtinnen und Stadträten fest.

Frau Müller verpflichtete Herrn Guido Haak. Sie verlas die Verpflichtungserklärung.

zu 2 Feststellung der Tagesordnung

Frau Müller schlug vor, folgende Punkte von der Tagesordnung zu nehmen:

öffentlicher Teil:

TOP 7.6.1

Änderungsantrag der Fraktion Hauptsache Halle & FREIE WÄHLER zum Baubeschluss zum Bauvorhaben Neubau Geh- und Radweg Silberhöhe Grüne Mitte

Vorlage: VII/2023/05149

- ➔ **Vorschlag: absetzen**
- ➔ **vom Antragsteller im Vergabeausschuss zurückgezogen**

TOP 8.4

Antrag der Fraktion MitBürger & Die PARTEI zur Erstellung einer Potenzialanalyse zur Nutzung von Abwärme von Rechenzentren

Vorlage: VII/2022/04991

- ➔ **Vorschlag: vertagen**
- ➔ **in den Fachausschüssen vertagt**

TOP 8.5

Antrag der Fraktion MitBürger & Die PARTEI zur Durchführung eines Sofortprogramms „Gewusst wie!“ der EVH

Vorlage: VII/2022/04596

- ➔ **Vorschlag: absetzen**
- ➔ **vom Antragsteller im Finanzausschuss zurückgezogen**

TOP 8.8

Antrag der Fraktion Hauptsache Halle & FREIE WÄHLER zur Bewerbung der Stadt Halle als Etappenort der Deutschlandtour

Vorlage: VII/2022/04465

- ➔ **Vorschlag: vertagen**
- ➔ **in den Fachausschüssen vertagt**

TOP 9.6

Antrag der Fraktion Hauptsache Halle & FREIE WÄHLER zur Prüfung einer verpflichtenden MDV-Ticket-Auflage bei Großveranstaltungen

Vorlage: VII/2022/05062

- ➔ **Vorschlag: vertagen**
- ➔ **in den Fachausschüssen vertagt**

TOP 10.1 und 10.2

Mitteilungen

- **Vorschlag: absetzen**
- **liegen digital vor**

TOP 12.1. – 12.3

Anregungen

- **Vorschlag: absetzen**
- **werden im Hauptausschuss behandelt**

TOP 13.1

Anträge auf Akteneinsichten

- **Vorschlag: absetzen**
- **werden durchgeführt**

nicht öffentlicher Teil:

TOP 18.1

Antrag der Fraktion Hauptsache Halle & FREIE WÄHLER zur Prüfung einer Pflichtverletzung

Vorlage: VII/2022/04982

- **Vorschlag: vertagen**
- **in den Fachausschüssen vertagt**

TOP 20.1

Mitteilung

- **Vorschlag: absetzen**
- **liegen digital vor**

Frau Müller machte auf folgende öffentliche Dringlichkeiten aufmerksam:

Baubeschluss zur Erneuerung der Niederspannungsanlage, des Datenübertragungsnetzes und der Beleuchtungsanlagen für das Objekt Grundschule Frohe Zukunft, Dessauer Straße 152, 06118 Halle (Saale), gemäß der Bewilligung von Fördermitteln im Zuge des Fördermittelprogramms „DigitalPakt Schule 2019 bis 2024“

Vorlage: VII/2022/05006

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt
mit 2/3 Mehrheit
Behandlung unter TOP 7.10

Genehmigung einer außerplanmäßigen Auszahlung im Finanzhaushalt für das Haushaltsjahr 2023 im Fachbereich Mobilität

Vorlage: VII/2023/05093

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt
mit 2/3 Mehrheit
Behandlung unter TOP 7.11

Dringlichkeitsantrag der CDU-Fraktion zur Neubesetzung der Regionalversammlung der Regionalen Planungsgemeinschaft Halle
Vorlage: VII/2023/05144

Abstimmungsergebnis: **einstimmig zugestimmt**
mit 2/3 Mehrheit
Behandlung unter TOP 9.9

Dringlichkeitsantrag der CDU-Fraktion zur Neubesetzung von Aufsichtsgremien
Vorlage: VII/2023/05143

Abstimmungsergebnis: **einstimmig zugestimmt**
mit 2/3 Mehrheit
Behandlung unter TOP 9.10

Dringlichkeitsantrag der CDU-Fraktion zur Neubesetzung der Arbeitsgemeinschaft
„Ländlicher Raum“
Vorlage: VII/2023/05145

Abstimmungsergebnis: **einstimmig zugestimmt**
mit 2/3 Mehrheit
Behandlung unter TOP 9.11

Dringlichkeitsantrag der CDU-Fraktion zur Neubesetzung in Ausschüssen
Vorlage: VII/2023/05146

Abstimmungsergebnis: **einstimmig zugestimmt**
mit 2/3 Mehrheit
Behandlung unter TOP 9.12

Dringlichkeitsantrag der CDU-Fraktion im Stadtrat von Halle (Saale) zur Berufung eines sachkundigen Einwohners im Sozial-, Gesundheits- und Gleichstellungsausschuss
Vorlage: VII/2023/05147

Abstimmungsergebnis: **einstimmig zugestimmt**
mit 2/3 Mehrheit
Behandlung unter TOP 9.13

Haushaltssatzung der Stadt Halle (Saale) für das Jahr 2023 – Beitritt zur kommunalaufsichtlichen Genehmigung vom 23. Januar 2023
Vorlage: VII/2023/05169

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich zugestimmt**
mit 2/3 Mehrheit
Behandlung unter TOP 7.12

Frau Müller machte auf folgende nicht öffentliche Dringlichkeit aufmerksam:

Vergabebeschluss: Abt. IT-L-07/2022: Externes Programm-Management und Umsetzung des Modellprojektes "Digitales, modulares und nachnutzbares Mustergesundheitsamt der Stadt Halle (Saale) (Infektionsschutz digital und nachhaltig)"
Vorlage: VII/2022/04783

Abstimmungsergebnis: **einstimmig zugestimmt**
mit 2/3 Mehrheit
Behandlung unter TOP 17.4

Frau Müller machte auf folgende öffentliche Änderungen und Ergänzungen aufmerksam:

TOP 7.5

Grün- und Freiraumkonzept Altstadt Halle (Saale)

Vorlage: VII/2022/04461

- ➔ **hierzu liegen zwei Änderungsanträge vor:**
- ➔ **Änderungsantrag der CDU – Behandlung unter TOP 7.5.1**
- ➔ **Änderungsantrag der FDP – Behandlung unter TOP 7.5.2**

TOP 7.8

Bebauungsplan Nr. 200 Dölau, Wohngebiet Salzmünder Straße - Abwägungsbeschluss

Vorlage: VII/2022/04536

- ➔ **hierzu liegt ein Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vor**
- ➔ **Behandlung unter TOP 7.8.1**

TOP 8.2

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Aufbau eines Energiemanagementsystems

Vorlage: VII/2022/04994

- ➔ **hierzu liegt ein Änderungsantrag der Fraktion Mitbürger & Die PARTEI vor**
- ➔ **Behandlung unter TOP 8.2.1**

TOP 8.7

Antrag des Stadtrates Dr. Detlef Wend (Mitbürger & Die PARTEI) zur Abschaffung von personenbezogenen Dienstwagen im Konzern Stadt Halle (Saale) und bei den städtischen Töchtern

Vorlage: VII/2022/04860

- ➔ **Beschlussvorschlag wurde geändert**

TOP 9.3

Antrag der Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Mitbürger & Die PARTEI zur Einführung eines Gästebetrages in der Stadt Halle (Saale)

Vorlage: VII/2023/05107

- ➔ **Fraktion Mitbürger & Die PARTEI als Mit Antragsteller beigetreten**

Herr Bürgermeister Geier beantragte die Vertagung des Tagesordnungspunktes 8.9, da die Verhandlungen mit der ausführenden Firma noch nicht abgeschlossen sind. Er bat um Vertagung bis Mai.

Nach Stellungnahme von Herrn Rebenstorf sagte **Herr Wolter**, dass der Tagesordnungspunkt 8.6 als erledigt zu betrachten ist, da die Verwaltung die Ziele des Antrages bereits umsetzt.

Frau Dr. Schöps fragte, ob der Tagesordnungspunkt mündliche Anfragen vergessen wurde.

Frau Müller sagte, dass unter dem Tagesordnungspunkt Anfragen sowohl die schriftlichen wie auch die mündlichen Anfragen aufgenommen werden.

Herr Wels sagte, dass der Tagesordnungspunkt 8.9 von den Antragstellern bis Mai 2023 vertagt wird.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen. **Frau Müller** bat um Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Somit wurde folgende geänderte Tagesordnung festgestellt:

Öffentlicher Teil

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
2. Feststellung der Tagesordnung
3. Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift vom 21.12.2022
4. Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse
- 4.1. Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse vom 21.12.2022
Vorlage: VII/2023/05115
5. Bericht des Oberbürgermeisters
6. Aussprache zum Bericht des Oberbürgermeisters
7. Beschlussvorlagen
- 7.1. Fortführung der Finanzierung der Theater, Oper und Orchester GmbH Halle für die Jahre 2024 bis 2028
Vorlage: VII/2022/05020
- 7.2. Kooperationsvertrag Förderverein Freifunk Halle e.V.
Vorlage: VII/2022/04241
- 7.3. Neuregelung der Umsatzsteuerpflicht juristischer Personen des öffentlichen Rechts in § 2b UStG –Widerruf Verlängerung der Optionserklärung nach § 27 Abs. 22 UStG ab dem 01.01.2023
Vorlage: VII/2022/05042
- 7.4. Zustimmung zur Annahme von Sponsoringvereinbarungen, Spenden und ähnlichen Zuwendungen
Vorlage: VII/2022/05035

- 7.5. Grün- und Freiraumkonzept Altstadt Halle (Saale)
Vorlage: VII/2022/04461
- 7.5.1. Änderungsantrag der CDU-Fraktion zum Grün- und Freiraumkonzept Altstadt Halle (Saale)
Vorlage: VII/2023/05123
- 7.5.2. Änderungsantrag der Fraktion Freie Demokraten (FDP) zum Grün- und Freiraumkonzept Altstadt Halle (Saale) (VII/2022/04461)
Vorlage: VII/2023/05167
- 7.6. Baubeschluss zum Bauvorhaben Neubau Geh- und Radweg Silberhöhe Grüne Mitte
Vorlage: VII/2022/04051
- 7.6.1. Änderungsantrag der Fraktion Hauptsache Halle & FREIE WÄHLER zum Baubeschluss zum Bauvorhaben Neubau Geh- und Radweg Silberhöhe Grüne Mitte
Vorlage: VII/2023/05149 **abgesetzt**
- 7.7. Bebauungsplan Nr. 32.5 Heide-Süd, 2. Änderung - Satzungsbeschluss
Vorlage: VII/2022/04239
- 7.8. Bebauungsplan Nr. 200 Dölau, Wohngebiet Salzmünder Straße - Abwägungsbeschluss
Vorlage: VII/2022/04536
- 7.8.1. Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Beschlussvorlage "Bebauungsplan Nr. 200 Dölau, Wohngebiet Salzmünder Straße – Abwägungsbeschluss" (VII/2022/04536)
Vorlage: VII/2023/05118
- 7.9. Zweckvereinbarung zur Übertragung der Wahrnehmung der Aufgaben der Straßenbaulast im Industriegebiet „Star Park“
Vorlage: VII/2022/04431
- 7.10. Baubeschluss zur Erneuerung der Niederspannungsanlage, des Datenübertragungsnetzes und der Beleuchtungsanlagen für das Objekt Grundschule Frohe Zukunft, Dessauer Straße 152, 06118 Halle (Saale), gemäß der Bewilligung von Fördermitteln im Zuge des Fördermittelprogramms „DigitalPakt Schule 2019 bis 2024“
Vorlage: VII/2022/05006
- 7.11. Genehmigung einer außerplanmäßigen Auszahlung im Finanzhaushalt für das Haushaltsjahr 2023 im Fachbereich Mobilität
Vorlage: VII/2023/05093
- 7.12. Haushaltssatzung der Stadt Halle (Saale) für das Jahr 2023 – Beitritt zur kommunalaufsichtlichen Genehmigung vom 23. Januar 2023
Vorlage: VII/2023/05169

8. Wiedervorlage
- 8.1. Antrag der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zu einem Streamingportal für die Stadtbibliothek
Vorlage: VII/2022/04840
- 8.2. Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Aufbau eines Energiemanagementsystems
Vorlage: VII/2022/04994
- 8.2.1. Änderungsantrag der Fraktion MitBürger & Die PARTEI zum Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Aufbau eines Energiemanagementsystems (VII/2022/04994)
Vorlage: VII/2023/05139
- 8.3. Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Instandsetzung der Geh- und Radwege am Böllberger Weg
Vorlage: VII/2022/04859
- 8.4. Antrag der Fraktion MitBürger & Die PARTEI zur Erstellung einer Potenzialanalyse zur Nutzung von Abwärme von Rechenzentren
Vorlage: VII/2022/04991 **vertagt**
- 8.5. Antrag der Fraktion MitBürger & Die PARTEI zur Durchführung eines Sofortprogramms „Gewusst wie!“ der EVH
Vorlage: VII/2022/04596 **abgesetzt**
- 8.6. Antrag der Fraktion MitBürger & Die PARTEI zur Qualifizierung des „Integrierten Dürreschutzkonzepts“, hier: Klimaangepasste Grünflächenpflege
Vorlage: VII/2022/04853 **erledigt**
- 8.7. Antrag des Stadtrates Dr. Detlef Wend (MitBürger & Die PARTEI) zur Abschaffung von personenbezogenen Dienstwagen im Konzern Stadt Halle (Saale) und bei den städtischen Töchtern
Vorlage: VII/2022/04860
- 8.8. Antrag der Fraktion Hauptsache Halle & FREIE WÄHLER zur Bewerbung der Stadt Halle als Etappenort der Deutschlandtour
Vorlage: VII/2022/04465 **vertagt**
- 8.9. Antrag der Fraktion Hauptsache Halle & FREIE WÄHLER und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Änderung des Stadtratsbeschlusses vom 29.05.2019 Verzicht auf Variantenbeschluss Fluthilfemaßnahme Nr. 198 Uferbefestigung der Saale VI/2019/04959 und Bau
Vorlage: VII/2021/03462
- erneute Behandlung wegen Widerspruch des Oberbürgermeisters - **vertagt**

9. Anträge von Fraktionen und Stadträten
- 9.1. Antrag der Fraktion DIE LINKE zur Berufung einer sachkundigen Einwohnerin
Vorlage: VII/2022/05085
- 9.2. Antrag der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zu öffentlichen Toiletten
Vorlage: VII/2022/05084
- 9.3. Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Einführung eines Gästebeitrages in der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: VII/2023/05107
- 9.4. Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Realisierung von Maßnahmen der Waldverjüngung im Stadtwald
Vorlage: VII/2023/05106
- 9.5. Antrag der AfD- Stadtratsfraktion zur monatlichen Berichterstattung der Stadtverwaltung über die Entwicklung der Anzahl öffentlicher Parkplätze für Personenkraftwagen in der Stadt Halle
Vorlage: VII/2023/05112
- 9.6. Antrag der Fraktion Hauptsache Halle & FREIE WÄHLER zur Prüfung einer verpflichtenden MDV-Ticket-Auflage bei Großveranstaltungen
Vorlage: VII/2022/05062 **vertagt**
- 9.7. Antrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Prüfung der Einrichtung von Park & Ride-Plätzen
Vorlage: VII/2022/05090
- 9.8. Antrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Erstellung eines Baumgutachtens zum Zustand der Bäume entlang der Damaschkestraße
Vorlage: VII/2022/05089
- 9.9. Dringlichkeitsantrag der CDU-Fraktion zur Neubesetzung der Regionalversammlung der Regionalen Planungsgemeinschaft Halle
Vorlage: VII/2023/05144
- 9.10. Dringlichkeitsantrag der CDU-Fraktion zur Neubesetzung von Aufsichtsgremien
Vorlage: VII/2023/05143
- 9.11. Dringlichkeitsantrag der CDU-Fraktion zur Neubesetzung der Arbeitsgemeinschaft „Ländlicher Raum“
Vorlage: VII/2023/05145
- 9.12. Dringlichkeitsantrag der CDU-Fraktion zur Neubesetzung in Ausschüssen
Vorlage: VII/2023/05146
- 9.13. Dringlichkeitsantrag der CDU-Fraktion im Stadtrat von Halle (Saale) zur Berufung eines sachkundigen Einwohners im Sozial-, Gesundheits- und Gleichstellungsausschuss
Vorlage: VII/2023/05147

10. Mitteilungen
- 10.1. Prüfergebnis zum Änderungsantrag der CDU-Fraktion Vorlagen-Nr. VII/2022/04075 zum Stadtbahnprogramm Halle, Elsa-Brändström-Straße - Variantenbeschluss
Vorlage: VII/2023/05119 **abgesetzt**
- 10.2. Information zum Beschluss des Stadtrates der Stadt Halle (Saale) zur Prüfung von Instrumenten aus der Novellierung des Baulandmobilisierungsgesetzes
Vorlage: VII/2023/05129 **abgesetzt**
11. Anfragen von Fraktionen und Stadträten
- 11.1. Anfrage der CDU-Fraktion zur HAVAG
Vorlage: VII/2022/04969
- 11.2. Anfrage der CDU-Fraktion zur Umsetzung der Erhaltungssatzung für das Gesundbrunnenviertel
Vorlage: VII/2022/04967
- 11.3. Anfrage der CDU-Fraktion zum Dürreschutzkonzept
Vorlage: VII/2023/05103
- 11.4. Anfrage des Stadtrates Dr. Christoph Bergner zur Bezeichnung des Tannenweges als „historische Bestandsverkehrsanlage“
Vorlage: VII/2023/05102
- 11.5. Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Umsetzung des Stadtratsbeschlusses zur Verwendung der Instandhaltungsmittel für Fuß- und Radverkehrsanlagen
Vorlage: VII/2023/05105
- 11.6. Anfrage der Fraktion MitBürger & Die PARTEI zur Baumpflege
Vorlage: VII/2022/04739
- 11.7. Anfrage der Fraktion MitBürger & Die PARTEI zur Umsetzung des Verwaltungsauftrages aus Punkt 4.3.1 des Wohnungspolitischen Konzeptes der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: VII/2022/04845
- 11.8. Anfrage der Fraktion MitBürger & Die PARTEI zum weiteren Verfahren zur Neueinrichtung des Präventionsrates
Vorlage: VII/2023/05113
- 11.9. Anfrage der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Zukunft des Gefängnisstandortes „Roter Ochse“
Vorlage: VII/2022/05086
- 11.10. Anfrage der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur städtischen Radverkehrsplanung
Vorlage: VII/2023/05109
- 11.11. Anfrage der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Wärmewendestrategie
Vorlage: VII/2023/05110

- 12. Anregungen
- 12.1. Anregung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Überarbeitung der Sondernutzungsgebührensatzung
Vorlage: VII/2023/05108 **abgesetzt**
- 12.2. Anregung der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Einrichtung von Tempo-30-Zonen
Vorlage: VII/2022/05088 **abgesetzt**
- 12.3. Anregung der Stadträtin Dr. Silke Burkert (SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)) zur Erweiterung des Winterdienstes auf Radwegen
Vorlage: VII/2023/05111 **abgesetzt**
- 13. Anträge auf Akteneinsicht
- 13.1. Antrag der Fraktion MitBürger & Die PARTEI auf Akteneinsicht in die Protokolle und Unterlagen des Arbeitskreises Mietspiegel
Vorlage: VII/2023/05186 **abgesetzt**

nicht öffentlicher Teil

- 14. Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift vom 21.12.2022
- 15. Bericht des Oberbürgermeisters
- 16. Aussprache zum Bericht des Oberbürgermeisters
- 17. Beschlussvorlagen
- 17.1. Vergabebeschluss: P-2022-199 - Stadt Halle (Saale) - Digitalpakt – Projektsteuerung für 23 Schulen
Vorlage: VII/2022/04743
- 17.2. Vergabebeschluss: P-2022-187 - Stadt Halle (Saale) - Komplexsanierung - Abbruch und Neubau des bestehenden Schulgebäudes für die GS "Rosa Luxemburg" - Generalplanung
Vorlage: VII/2022/05013
- 17.3. Vergabebeschluss: FB 50-L-07/2022: Rahmenvereinbarung zur Bereitstellung und Betrieb von Unterkünften mit Kapazität von je 100 bis 200 Personen in Wohneinheiten für je 3 - 4 Personen nach dem Landesaufnahmegesetz LSA im Stadtgebiet von Halle (Saale), einschl. der technischen Betreuung
Vorlage: VII/2022/05060
- 17.4. Vergabebeschluss: Abt. IT-L-07/2022: Externes Programm-Management und Umsetzung des Modellprojektes "Digitales, modulares und nachnutzbares Mustergesundheitsamt der Stadt Halle (Saale) (Infektionsschutz digital und nachhaltig)"
Vorlage: VII/2022/04783

18. Wiedervorlage
- 18.1. Antrag der Fraktion Hauptsache Halle & FREIE WÄHLER zur Prüfung einer Pflichtverletzung
Vorlage: VII/2022/04982 **vertagt**
19. Anträge von Fraktionen und Stadträten
20. Mitteilungen
- 20.1. Wahrnehmung des Vorkaufsrechts der Stadt Halle (Saale) bei Grundstücksverkäufen Dritter (Stadtratsbeschluss VI/2019/04757 vom 29.05.2019)
Vorlage: VII/2023/05122 **abgesetzt**
21. Anfragen von Fraktionen und Stadträten
22. Anregungen

zu 3 Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift vom 21.12.2022

Es gab keine Einwendungen gegen die Niederschrift vom 21.12.2022.

Abstimmungsergebnis: bestätigt

zu 4 Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse

zu 4.1 Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse vom 21.12.2022
Vorlage: VII/2023/05115

Frau Müller sagte, dass die in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse vom 21.12.2022 vor dem Sitzungssaal ausgehängt und somit bekannt gegeben sind.

zu 5 Bericht des Oberbürgermeisters

Herr Bürgermeister Geier informierte über folgende Themen:

- Finanzierung der Stiftung Händel-Haus
- Zukunftszentrum: Jury besucht Halle
- Sternsinger und Halloren-Neujahrsgaben
- Cyberagentur bleibt dauerhaft in Halle
- Grundstein für neues Gerätehaus Lettin
- Parlamentarischer Abend in Berlin
- Stadtwehrleiter wird im Ehrenamt bestätigt
- Kommunalaufsicht bestätigt Haushalt

Anmerkung: Die Präsentation ist im Ratsinformationssystem Session hinterlegt.

zu 6 Aussprache zum Bericht des Oberbürgermeisters

Es gab keine Wortmeldungen.

zu 7 Beschlussvorlagen

zu 7.1 Fortführung der Finanzierung der Theater, Oper und Orchester GmbH Halle für die Jahre 2024 bis 2028 Vorlage: VII/2022/05020

-Auf Antrag des Stadtrates Carsten Heym erfolgt zu diesem Tagesordnungspunkt ein Wortprotokoll.-

Frau Müller

TOP 7.1: Fortführung der Finanzierung der Theater, Oper und Orchester GmbH für die Jahre 2024 - 2028. Gibt es dazu Wortmeldung? Das sehe ich nicht. Doch, Herr Heinrich, bitteschön.

Herr Heinrich

Ja, sehr geehrte Frau Vorsitzende, sehr geehrter Herr Bürgermeister, ich finde schon erstaunlich, dass in Zeiten, wo überall gespart werden muss, insbesondere verweise ich auf die kürzlich zu sehende Einblendung Kommunalaufsicht - Ziel Strategisches, das man quasi eine Institution unbesehen fördert, wo jedes Jahr die Kosten steigen, wo es eine lächerliche Einspielquote von 5 Prozent gibt, die auch zeigt, dass am Interesse der Bevölkerung der potenziellen Kunden vorbei gewerkelt wird, das man scheinbar sich gar nicht dafür interessiert, was die Leute sehen wollen.

Es gibt ja Bühnen, ich sage mal: König der Löwen, die so arbeiten, dass sie ihre Kosten erarbeiten. Man muss auch endlich mal zur Kenntnis nehmen, den bundesweiten Trend, es

gehen bundesweit immer weniger Besucher in die Oper, und das ist nicht nur ein hallesches Phänomen, und dann muss man sicherlich auch darüber nachdenken, ob man nicht sparen kann, ob man Veranstaltungen zusammenlegen kann, oder anderes. Man reitet hier ein totes Pferd und steckt immer mehr Geld hinein, wo man in anderen Bereichen, die sicherlich Förderung bedürfen, wie Jugendarbeit oder Jugendamtsarbeit spart, oder auch beim Straßenreparieren.

Und ich will mal nur ein Beispiel bringen: Es sollen wohl die Bühnen Wien ihre Förderung von 40 Millionen pro Jahr von der Stadt beziehen. Wien ist aber eine Stadt mit 2 Millionen Einwohnern. Halle ist ein Provinzstädtchen mit 200 Tausend Einwohnern und fördert seine Bühnen mit 30 Millionen. Da habe ich das Gefühl, dass dieses Gebaren schon fast an Größenwahnsinn grenzt. Dankeschön.

Frau Müller

Herr Raue.

Herr Raue

Ja, ich möchte mich da an meinen Vorredner, meine Fraktionskollegen, mal noch anschließen. Und zwar, was mich tatsächlich wundert ist, auf der einen Seite steigt der Zuschussbedarf zur TOOH planmäßig und es wird auch weiterer Zuschussbedarf angemeldet und auch die Dynamisierung wird angemeldet. Auf der anderen Seite ist es aber eben so, dass die eigenen Einnahmen überhaupt nicht mit einer Dynamisierung geplant werden. Das heißt, da bleiben die Einnahmen aus Theaterkartenverkauf, Opernkartenverkauf und dergleichen, die stagnieren und wenn ich die sozusagen inflationsbereinigt umrechne, und davon ausgehe, die Karten werden nicht teurer, dann habe ich sozusagen Umsatzverluste und Besucherverluste. Und vor dem Hintergrund frage ich: Wie ist denn eigentlich das weitere Konzept überhaupt, wie wir mit der TOOH umgehen? Auch Stichwort Magdeburg. Die Theater Magdeburg sind natürlich auch, werden natürlich auch subventioniert, in ähnlicher Weise subventioniert. Die Stadt Magdeburg hat aber grundsätzlich eine andere Haushaltslage als wir. Und wir müssen mal überlegen, ob es nicht notwendig wird, dass wir Teile oder beispielsweise beide Spielhäuser zusammenlegen und darüber am Ende eine größere Effizienz haben.

Natürlich wollen wir auf der einen Seite auch die Häuser, die denkmalgeschützt, und die Stadtarchitektur prägen, die wollen wir erhalten und die wollen wir auch weiter bespielen. Aber möglicherweise ist es einfach nicht mehr zeitgemäß, 460 Mitarbeiter, jeweils in Halle und auch ungefähr so viele in Magdeburg, zu beschäftigen. Möglicherweise müssen die Verwaltungen zusammengelegt werden, vielleicht müssen die Orchester auch zusammengelegt werden. Letztendlich nimmt das so viele Ressourcen in Anspruch, diese Dauerförderung, und mein Kollege sagte es ja bereits, die Spanne, die der Eigenbeitrag und das Fördervolumen, das geht immer weiter auseinander und am Ende muss man auch schauen, dass man tatsächlich mal eine Trendanalyse macht. Ist der Bedarf noch so groß? Habe ich eine Nutzeranalyse? Wer kommt überhaupt noch zu den Kulturveranstaltungen? Und warum ist das so? Ich habe das ja schon ein paar Mal hier im Haus gesagt ...

Frau Müller

Herr Raue, Sie haben übrigens nur den 3 Minuten Slot jetzt.

Herr Raue

Ja, ich bin auch fertig. Man muss auch die Sicherheitslage in der Stadt bedenken und überlegen, ob das nicht vielleicht auch eine Begründung dafür ist, dass immer weniger Nachfrage gerade durch ältere Leute stattfindet, inklusive auch die Parkplatzsituation. Vielen Dank.

Frau Müller
Herr Eigendorf.

Herr Eigendorf

Vielen Dank, Frau Vorsitzende. Herr Bürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen, wer dachte bei dieser Vorlage könnte man eigentlich nicht dagegen sein, weil was Gutes für die Stadt passiert, weil was nach vorne geht und weil eine Entwicklung sich abzeichnet, die für uns positiv ist, wird wie immer die Rechnung ohne die hallesche AfD-Fraktion gemacht, die findet wirklich an allem was zu meckern.

Und es ist doch sehr bemerkenswert, dass Sie gerade das Einnamethema ausführen. Ich bin ja sehr dankbar, dass sie mir die Gelegenheit geben, dazu noch einmal Stellung zu beziehen, weil natürlich ist es so, dass die Einnahmen in den letzten Jahren runtergegangen sind. Was Sie allerdings komplett ausblenden ist, dass das im Wesentlichen an der Corona-Lage, ich weiß nicht, ob Sie auch noch eine spannende Theorie haben, dass die Oper nicht nur zu tun hat mit der Sicherheitsproblematik, mit den Parkplätzen, sondern vielleicht auch noch mit der Corona Pandemie, sofern Sie die überhaupt anerkennen, aber, wenn man hier von dem toten Pferd redet, kann das doch eigentlich nur ein Zeichen dafür sein, dass Sie vielleicht weniger über die Halleschen Bühnen reden sollten, stattdessen öfter mal hingehen sollten. Wer das macht, der erkennt, dass das kein totes Pferd ist, es gehen viele Menschen hin. Größenwahnsinn kann ich zumindest bei den Halleschen Bühnen an der Stelle nicht erkennen.

Wir sehen eine Entwicklung, die positiv ist, wir sehen eine Situation, die sich gut fortentwickelt. Unsere Bühnen, das muss man ja auch sagen, haben in den vergangenen Monaten, in den vergangenen Jahren, ein um das andere Mal in Zeitungsteilen für Schlagzeilen gesorgt, die jetzt nicht unbedingt zum Kulturteil gehören, sondern eher zur Klatschspalte. Aus dieser Situation sind wir aber raus. Heute müssen wir uns nicht, gerade auch dem Land gegenüber erklären, zu den Schlagzeilen, die unsere halleschen Bühnen machen mit Personalstreitigkeiten. Nein, die kulturellen Leistungen, die dort passieren, die sprechen für sich. Und an der Stelle ist natürlich auch herauszuheben, dass die Bühnen bei der kulturellen Bildung von Kindern und Jugendlichen in unserer Stadt eine ganz herausragende, eine ganz wichtige Arbeit leisten. Die in Frage zu stellen, stellt auch vieles in Frage, was das Leben in unserer Stadt für viele Menschen, die gerne hier leben, lebenswert macht. Deswegen können wir das, was Sie gerade hier ausgeführt haben, in keiner Art und Weise nachvollziehen. Nein, unsere Fraktion wird diese Vorlage unterstützen und wünscht den Bühnen auch weiterhin, alles Gute. Vielen Dank.

Frau Müller
Frau Dr. Brock.

Frau Dr. Brock-Harder

Ja, ich würde Herrn Eigendorf gerne noch einige Fakten hinterher zusätzlich benennen. Wir haben es hier bei der Theater, Oper und Orchester GmbH mit einer Institution zu tun, die eine bundesweite Ausstrahlung hat, die eine landesweite Ausstrahlung hat. Die Tatsache, dass wir uns Kulturhauptstadt nennen, entspricht zu tun, und die Besucherzahlen sind in den letzten Wochen und Monaten wieder so gestiegen, dass wir von bis zu 100 Prozent Auslastung in einigen Sparten haben. Insofern ist das ein Fakt, den man nicht so unkommentiert stehen lassen kann, dass dort niemand hingehen würde.

Der zweite Punkt, wir haben eine Strukturanpassung erst in der Vergangenheit gehabt. Und jetzt ist die TOOH letzten Endes in der Lage, das, was verändert wurden ist in der Vergangenheit, gut weiterzuentwickeln, das Orchester ist ein A-Orchester, hat eine entsprechende Qualität und kann gar nicht mit weniger Musikern arbeiten, weil wir ja auch noch das Händelfestspielorchester haben.

Vielleicht der letzte Punkt noch, dass die Steigerung der Zuschüsse letzten Endes, wenn man es genau nimmt, eigentlich eine Kürzung sind und das ist das, was niemand so richtig zu verstehen glaubt. Wir haben nämlich auch dort steigende Materialkosten, wir haben dort steigende Energiekosten, wir haben dort steigende Personalkosten und die werden nicht alleine durch die Dynamisierung abgefangen, sondern die werden natürlich zusätzlich auch durch hausinterne Einsparmaßnahmen umgesetzt werden müssen und auch Investitionen, die notwendig sind, müssen entsprechend verschoben werden. Das heißt, wir haben es hier nicht mit einer üppigen Finanzierung zu tun, sondern das ist alles auf Kante genäht und insofern gibt es keinen Grund, dieses Haus in irgendeiner Form zu diskreditieren und ich glaube und bin mir sicher, dass die Mehrheit des Stadtrates dem auch folgen wird. Dankeschön.

Frau Müller

Herr Heym.

Herr Heym

Demokratie lebt von Debatte. Das ändert sich auch nicht, wenn die AfD mit ihren gewählten Vertretern hier im Stadtrat das Wort ergreift, lieber Herr Eigendorf. Und wenn wir auf das Phänomen hinweisen, dass in der Haushaltsplanung und da sind wir nicht bei der überstandenen Corona Epidemie und den finanziellen Auswirkungen auf die TOO, sondern bei der Planung für die nächsten Jahre, so steht es auch im Beschlussvorschlag, darauf hinweisen, dass wir ein Phänomen erkannt haben, nämlich das eine Dynamisierung der Zuschüsse eine fehlende Dynamisierung bei den Eintrittspreisen, Eintrittsgeldern entgegensteht und da für eine Klärung werben und wir insgesamt auch mal zur Diskussion stellen, wie die Besucherentwicklung denn ist, oder wie die wünschenswert wäre, dann ist das eine Debatte, die aus unserer Sicht zur Belebung der Situation, zur Akzeptanz der Situation und zu einer Klärung führt und die nicht hier von vornherein, wie Sie es getan haben, in Bausch und Bogen zu verdammen ist. Dieses Ansinnen weisen wir zurück.

Frau Müller

Frau Dr. Wünscher.

Frau Dr. Wünscher

Frau Vorsitzende, Herr Bürgermeister. Herr Heinrich, ich würde Sie wirklich bitten, Ihr Zahlenmaterial zu überprüfen. Ich habe das Ihnen gestern schon im Ausschuss gesagt. Mit Ihren 5 Prozent, die Sie immer wieder erwähnen, das stimmt ganz einfach nicht. Die Einspielquote bei der TOO ist wesentlich höher und liegt im Schnitt vergleichbarer Städte. Natürlich gibt es Städte in Deutschland, die haben eine höhere Einspielquote, aber die haben auch mehr Menschen und andere Rahmenbedingungen.

Dann möchte ich sagen, dass die Oper Halle, obwohl der Intendant sozusagen noch nicht sehr lange da ist, dass die Oper auch in diesem Jahr wieder mit dem FAUST ausgezeichnet wurde. Das ist ein Preis, der vom Deutschen Bühnenverein vergeben wird und viele Theater und Einrichtungen würden sich freuen, wenn sie auch nur einmal in ihrer Existenz so einen Preis bekommen würden. Und wir haben ihn jetzt schon mehrfach erhalten.

Und als nächstes möchte ich Ihnen sagen, Sie werden sicher alle aufmerksam verfolgen, die Forderung der Gewerkschaften jetzt zu den Tarifverhandlungen. Da sind von 10 Prozent die Rede, da sind von 15 Prozent die Rede und weiß ich, was noch alles, und von Einmalzuschlägen in beträchtlicher Höhe. Und wenn Sie das alles sozusagen auch für die TOO in Anschlag nehmen würden, dann merken Sie, dass diese Summen, auch wenn sie steigend sind, klar, und das ist viel Geld, dass die Kommune aufbringen muss, dann merken Sie, dass hier aber sehr sparsam gewirtschaftet wird.

Und als drittes möchte ich Ihnen noch sagen, diese Vorschläge, die Sie unterbreiten, dass man da irgendwas schließen könnte oder dass man das abbauen könnte, dann möchte ich Ihnen nur sagen, die Mehrzahl der Mitarbeiter dieser GmbH würden, wenn dieser Vorschlag eine Mehrheit finde, an die Stadt zurückfallen, weil damals bei der GmbH Gründung gesagt wurde, um das Risiko für das Personal zu minimieren, falls dort irgendwas passiert, ihr seid dann wieder sozusagen Stadtangestellte. Das nur, um Ihre Balance mal richtig, sozusagen mit den richtigen Maßstäben zu versehen. Danke.

Frau Müller

Herr Raue.

Herr Raue

Also, ich muss mich mal bedanken bei meinem Kollegen, der hat das natürlich noch mal richtig auf den Punkt gebracht. Lesen und verstehen, Herr Eigendorf, ja, also dann schauen Sie sich einfach mal an, was im Wirtschaftsplan steht. Herr Heym hat ausgeführt, dass überprüfen Sie nochmal, und dann nehmen Sie auch die Problematik anders auf.

Ich wollte zu Frau Wünscher mal noch erwidern: Die Einspielquote, die sinkt aber eben auch nach Wirtschaftsplan und deswegen, weil das eben so ist, und der Zuschussbedarf immer weiter steigt, brauchen wir aber jetzt mal die Diskussion über neue Wege. Und wann soll eigentlich die Diskussion angestoßen werden, wenn wir im Prinzip den Finanzierungsplan, den Vertrag mit dem Land, wenn der im Prinzip 2023 ausläuft und wir 2024 einen neuen Vertrag brauchen, dann müssen wir natürlich rechtzeitig darüber diskutieren. Und die Zahlen, die im Prinzip jetzt im Wirtschaftsplan stehen, die Zahlen, die letztendlich auch Besuchermäßig zu erwarten sind, die müssen eben zeitnah diskutiert werden und nicht dann, wenn im Prinzip die nächste Förderperiode ansteht und dafür letztendlich die Verhandlungen laufen.

Ich hatte aber eine Frage gestellt und zwar wollte ich gerne wissen, warum die Dynamisierung der Einnahmen außer Betracht geblieben ist. Diese Frage ist noch unbeantwortet geblieben. Deswegen bin ich nochmal ans Mikrofon gegangen.

Frau Müller

Frau Dr. Marquardt.

Frau Dr. Marquardt

Das ist eine sehr vorsichtig aufgestellte Wirtschaftsplanung für die mittelfristige Planung. Selbstverständlich wird alles versucht, um Einnahmen zu steigern, nicht nur die Eintrittspreise. Aber das ist eine vorsichtige Aufstellung. Und Sie haben es gehört, die Besucherzahlen sind gestiegen, die verschiedenen Sparten sind sehr erfolgreich und wir merken schon jetzt eine sehr, sehr gute Entwicklung nach diesen sehr schwierigen Zeiten der Corona Pandemie.

Frau Müller

Vielen Dank. Und Herr Lange.

Herr Lange

Ich halte auch sehr viel davon, dass man eine solche Wirtschaftsplanung möglichst realitätsnah und auch vorsichtig angeht. Alles, was dann nachher an zusätzlichen Einnahmen kommt ist ja dann auch etwas, was wieder gegen kompensiert wird zudem, was an öffentlichen Ausgaben da ist. Von daher ist das sehr vernünftig.

Wenn es denn so nüchtern wäre, wie es der Herr Heym hier darstellt in der Diskussion, das wäre ja ganz nett, aber hier schwingen doch ganz andere Sachen mit. Da wird zum einen

nochmal versucht die Sicherheitslage der Stadt Halle zu instrumentalisieren, dann gibt es Ideen, wie: wir machen aus den Bühnen Halle den König der Löwen und generieren dafür Millionen Einnahmen, was den Ansprüchen an Hochkultur und dem, was auch an kultureller Bildung an unseren Bühnen passiert, in keiner Weise gerecht wird, bis hin eben zu strukturellen Überlegungen, die man gerne ein, ja, auch anbringen kann, die aber auch der Situation in Halle und im Land Sachsen-Anhalt mit seiner Kulturlandschaft in keiner Weise gerecht wird.

Wir sollten doch froh sein, dass wir mit den Bühnen Halle wirklich eine Institution haben, die zum einen, wie Frau Wünscher schon dargestellt hat, jetzt wieder mit der Oper einen hochkarätigen Preis eingefahren hat, die ein Händel-Ensemble hat, die ein großes Ensemble hat, das eben auch Händel-Festspiele auf die Beine stellen kann, das mit traditionellen Instrumenten spielen kann, dass wir auch Theater haben in verschiedenen Sparten, dass wir Kinder- und Jugendbildung dort haben. All das leisten unsere Bühnen in Halle und all das ist notwendig, wenn wir uns als Stadt Halle tatsächlich weiterhin als Kulturhauptstadt verstehen möchten. Und deswegen, wir werden dem erstmal auf jeden Fall zustimmen, und wir unterstützen die Bühnen Halle darin, dass sie sich gut und gedeihsam weiter entwickeln können. Kürzungen in Kunst und Kultur sind immer ein Armutszeugnis für eine Gesellschaft.

Frau Müller

Herr Heinrich.

Herr Heinrich

Ich wollte gern nochmal Bezug nehmen zu Frau Wünschers Aussagen, die Einspielquote ist höher als 5 Prozent. Die Zahlen, die ich gelesen habe, davon ist von etwa 2 Millionen Einnahmen die Rede und ein Verbrauch von 40 Millionen. Wenn ich da eine Milchmädchenrechnung mache, dann sind das 5 Prozent. Und da muss man keinen Dokortitel tragen, um das ausrechnen zu können. Dankeschön.

Frau Müller

Herr Schöder.

Herr Schöder

Vielen Dank. Sehr geehrte Damen und Herren, ich finde auch, dass dieser Rahmen hier nicht dazu gedient ist, also so intensiv in die Details zu gehen, denn die haben wir alle gemacht. Viele wissen Bescheid, alles was jetzt hier gesagt wurde, zumindest für mich die positiven Seiten von Frau Dr. Wünscher und von Frau Dr. Brock, ist alles richtig.

Ich, der auch die vielen 40 Jahre hier gearbeitet habe an diesem Haus, muss natürlich auch für dieses Haus sprechen. Und ich muss sagen, wir sind zwar durch ein ziemliches Tal gegangen vor der Pandemie mit dem ehemaligen Intendanten, und diesem Intendanten, der jetzt im Haus in der Oper dort ist, geben wir viel Vorschuss, Lorbeeren und das sind nicht nur noch Vorschusslorbeeren, sondern auch schon Lorbeeren. Ich wünsche, dass er noch mehr Zeit hat, dieses alles noch besser zu entwickeln. Wir haben schon ganz tolle Sachen in dem letzten Jahr hier erleben können.

Und unsere Fraktion wird natürlich diesem Antrag auch zustimmen und ich wünsche meinen ehemaligen Kolleginnen und Kollegen dort wirklich weiterhin viel Energie und vor allem interessante kreative Momente, um für die Bürgerinnen und Bürger dieser Stadt wirklich ein Angebot zu machen. Wenn es um die Sicherheit geht, wenn das angesprochen wird, ja, genau dafür ist eben genau die Oper da. Dafür ist das Kinder- und Jugendtheater da, dafür sind diese Gespräche mit dem Publikum da. Wir brauchen Kunst. Kunst bildet. Und Kunst trifft eben nicht nur in den Kopf, sondern Kunst trifft eben auch ins Herz. Und dafür wünsche ich meinen ehemaligen Kolleginnen und Kollegen dort alles Gute und ich bedanke mich bei den Stadträten, dass sie diesem Antrag hier zustimmen. Vielen, vielen Dank.

Frau Müller

Herr Wolter.

Herr Wolter

Frau Vorsitzende, Herr Bürgermeister, ich wollte nur im Namen meiner Fraktion auch unsere Zustimmung signalisieren zu diesem Antrag und meine Hoffnung ist leider mit dieser Beschlussvorlage oder dieser Einbringung jetzt geschmolzen in diesem Jahr. Ich hatte gehofft, dass wir uns hier im Stadtrat fachlich, kompetent, sachlich zu den Beschlussvorschlägen äußern und vor allen Dingen die Verfahrensweise haben, dass dachte ich immer, das ist unsere Abstimmung, dass wir dazu Ausschüsse haben, dass wir das besprechen können, das wir innerhalb der Ausschüsse vor allen Dingen Änderungsbegehren, Hinweise, Verbesserungsvorschläge der Fraktionen zu Gehör bekommen und dann eben das diskutieren können. Ich erlebe jetzt hier, dass eine Fraktion, ich finde fachlich vollkommend inkompetent, ohne Bezugnahme zur Sachlage, irgendwas, ich sage mal, meckert, und wir jetzt dann eine halbe Stunde dazu sprechen. Es gibt keine Änderungsvorschläge. Es gibt nicht mal einen Änderungswunsch, der in irgendeiner Form zu dieser Beschlussvorlage hier vorgelegt wurde von einer Fraktion. Ich hoffe, dass das vielleicht im Februar dann weitergeht und die nächsten Diskussionen dazu führen, dass man einfach mit klarem Änderungsbedarf hier im Stadtrat dann veränderte Beschlüsse fasst oder eben Beschlussvorlagen zustimmt oder ablehnt, wie sie vorliegen.

Frau Müller

Herr Lange, wir können jetzt hier bei uns sehen, dass Sie jetzt noch auf der Rednerliste sind.

Herr Lange

Ich wollte mich eigentlich löschen.

Frau Müller

Sie müssen sich nicht gleich löschen, Herr Lange. Okay. Und Herr Dr. Meerheim steht hier nämlich auch noch, aber das ist dann auch, nö, okay, gut. Dann ist die Rednerliste beendet. Ne, Sie wollten. Bitte, Herr Dr. Lange.

Herr Dr. Meerheim

Jetzt ist sie völlig durch den Wind. Ich wollte auf meinen Vorredner, auf Tom Wolter, eingehen. Es liegt kein Antrag zur Änderung vor zu dieser Beschlussvorlage. Eigentlich hätte man einen stellen müssen, wenn man sich seriös und intensiv mit dieser Beschlussvorlage beschäftigt hätte und nicht nur Nebenkriegsschauplätze hier an der Stelle eröffnet.

Alle haben zum Inhalt, was in den Häusern passiert, und wie wertvoll das ist, gesprochen. Aber zu den Rahmen hat niemand etwas gesagt. Das heißt zu den baulichen Häusern, nicht zu den Sparten als Häuser gedacht, sondern tatsächlich zum Bau. Diese Einrichtungen sind hochgradig gefährdet. Wir müssen als Stadt uns überlegen, wie wir die in den nächsten Jahren fit machen können. Dort liegen zwar noch ein paar Millionen, die in der Zukunft verplant sind für entsprechende Instandhaltungsmaßnahmen, diese betreffen aber im Wesentlichen nur technische Ausrüstung, nicht die Hülle. Und hier muss etwas getan werden, wenn uns in den nächsten Jahren die Bühnen nicht geschlossen werden sollen.

Wir haben damals einen Fehler gemacht, dass wir die gesamten Grundstücke, die Liegenschaften, mit allem, was drauf ist, der TOOH übertragen haben. Diese ist aber selbstständig nicht in der Lage das sozusagen zu bewirtschaften und dafür zu sorgen, dass entsprechende Fördermittel eingeworben werden können. Hier müsste man eigentlich der Stadtverwaltung und der Geschäftsführung mitgeben, für die Verhandlung mit dem Land, dass man verstärkt neben der finanziellen Unterstützung der kulturellen Arbeit in der TOOH, auch eine Unterstützung erfährt für die Sanierung der Häuser, in denen Kultur dargeboten wird, weil da haben wir enormen Nachholbedarf. Das würde ich denjenigen, die dort für uns

verhandeln mit dem Land, nochmal mit auf dem Weg geben wollen, auch ohne einen Änderungsantrag, weil das kann in Zukunft auch massiv die kulturelle Arbeit in den Häusern beeinträchtigen, wenn wir hier nicht handeln. Sollte das Land oder der Bund, wer auch immer, nicht gewillt sein, uns an der Stelle unterstützen zu wollen, dann müssen wir als Stadt überlegen, wie wir diese Schritte selber finanzieren können, so wie wir es bei anderen Dingen in den vergangenen Jahren und auch im letzten Haushaltsbeschluss ja gemacht haben, nämlich Eigenmittel zur Verfügung zu stellen, um diese kulturellen Einrichtungen zu sichern. Dankeschön.

Frau Müller

Vielen Dank, das war eine Punktlandung. Gut, jetzt sehe ich tatsächlich keine Wortmeldungen mehr und dann können wir jetzt über die Beschlussvorlage 7.1 abstimmen. Bitteschön. Vielen Dank. 39 Ja-Stimmen, 4 Nein-Stimmen, 2 Enthaltungen. Damit ist die Beschlussvorlage mit großer Mehrheit angenommen.

-Ende Wortprotokoll-

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich zugestimmt

39 Ja / 4 Nein / 2 Enthaltungen

Beschluss:

1. Der Stadtrat beschließt auf Grundlage der strategischen Planung die Fortführung der Finanzierung der Theater, Oper und Orchester GmbH Halle für die Jahre 2024 bis 2028. Zur Deckung des laufenden Betriebs für die Jahre 2024 bis 2028, sind folgende Mittel als Zuschuss durch die Stadt Halle (Saale) zur Verfügung zu stellen und in die Haushaltsplanung aufzunehmen:

Gesamt: 137.014 TEUR

Aufgeteilt in folgende Jahresraten:

2024	26.091 TEUR
2025	26.728 TEUR
2026	27.383 TEUR
2027	28.058 TEUR
2028	28.754 TEUR

2. Die Zuschussgewährung erfolgt unter der Bedingung einer angemessenen Beteiligung des Landes Sachsen-Anhalt an der Finanzierung der Theater, Oper und Orchester GmbH Halle.
3. Der gesetzliche Vertreter wird ermächtigt, Verhandlungen mit dem Land Sachsen-Anhalt zum Abschluss einer Vereinbarung über die Fortführung der Finanzierung der Theater, Oper und Orchester GmbH Halle für die Jahre 2024 bis 2028 zu führen und eine entsprechende vertragliche Vereinbarung zu treffen, die die auskömmliche Finanzierung der Theater, Oper und Orchester GmbH Halle unter den in den Beschlusspunkten 1 und 2 genannten Rahmenbedingungen gewährleistet. Über das Ergebnis der Verhandlungen wird der Stadtrat in geeigneter Weise unterrichtet.

**zu 7.2 Kooperationsvertrag Förderverein Freifunk Halle e.V.
Vorlage: VII/2022/04241**

Es gab keine Wortmeldungen. **Frau Müller** bat um Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich zugestimmt**

36 Ja / 6 Nein / 3 Enthaltungen

Beschluss:

Der Stadtrat beauftragt den Oberbürgermeister, die beigefügte Kooperationsvereinbarung mit dem Förderverein Freifunk Halle e.V. abzuschließen.

**zu 7.3 Neuregelung der Umsatzsteuerpflicht juristischer Personen des öffentlichen Rechts in § 2b UStG –Widerruf Verlängerung der Optionserklärung nach § 27 Abs. 22 UStG ab dem 01.01.2023
Vorlage: VII/2022/05042**

Es gab keine Wortmeldungen. **Frau Müller** bat um Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: **einstimmig zugestimmt**

43 Ja / 0 Nein / 0 Enthaltungen

Beschluss:

Der Stadtrat ermächtigt den Oberbürgermeister für die ab dem 01.01.2023 ausgeübten Tätigkeitsbereiche und damit verbundenen steuerbaren Leistungen den § 2b UStG anzuwenden.

zu 7.4 Zustimmung zur Annahme von Sponsoringvereinbarungen, Spenden und ähnlichen Zuwendungen
Vorlage: VII/2022/05035

Es gab keine Wortmeldungen. **Frau Müller** bat um Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: **einstimmig zugestimmt**

45 Ja / 0 Nein / 0 Enthaltungen

Beschluss:

Der Stadtrat der Stadt Halle (Saale) beschließt gemäß § 99 Abs. 6 KVG LSA die Annahme der nachfolgenden Sponsoringvereinbarungen, Spenden und ähnlichen Zuwendungen.

1. Geldspende von der Saalesparkasse – PS-Lotteriesparen, Rathausstr. 5, 06108 Halle (Saale) in Höhe von 3.500,00 EUR für die Kindertageseinrichtung „Haus Kunterbunt“ (Produkt 1.36501 – Betrieb von Kindertageseinrichtungen)
2. Geldspende von der der Migrasys GmbH, Schwedenstraße 9, 13359 Berlin in Höhe von 2.500,00 EUR für das Stadtarchiv der Stadt Halle (Saale) (Produkt 1.25102 – Stadtarchiv Halle)
3. Geldspende der Curadies GmbH & Co.KG, Gottschedstraße 4, 04109 Leipzig in Höhe von 2.000,00 EUR für die Anschaffung von Musikinstrumenten für das Konservatorium Halle. (Produkt 1.26301 – Konservatorium)

zu 7.5 Grün- und Freiraumkonzept Altstadt Halle (Saale)
Vorlage: VII/2022/04461

**zu 7.5.1 Änderungsantrag der CDU-Fraktion zum Grün- und Freiraumkonzept
Altstadt Halle (Saale)**
Vorlage: VII/2023/05123

**zu 7.5.2 Änderungsantrag der Fraktion Freie Demokraten (FDP) zum Grün- und
Freiraumkonzept Altstadt Halle (Saale) (VII/2022/04461)**
Vorlage: VII/2023/05167

*-Auf Antrag des Stadtrates Carsten Heym erfolgt zu diesem Tagesordnungspunkt ein
Wortprotokoll.-*

Frau Müller

7.5: Grün- und Freiraumkonzept der Altstadt Halle. Dazu gibt es zwei Änderungsanträge. Unter 7.5.1 den Änderungsantrag der CDU-Fraktion und unter 7.5.2 den Änderungsantrag der FDP-Fraktion. Und ich bitte um Wortmeldung. Dann fangen wir mit Herrn Bernstiel an.

Nur nochmal kurz, aus gegebenen Anlass: Wer sich doppelt reinhaut, oder auch dreifach oder vierfach, mit der fünf immer wieder rausnehmen. Das hilft uns auch einfach damit, dass man von unten auch nachrutschen kann. Vielen Dank. Herr Bernstiel, bitteschön.

Herr Bernstiel

Sehr geehrte Frau Vorsitzende, sehr geehrter Herr Bürgermeister, werte Kolleginnen und Kollegen, ich möchte ganz gerne unseren Änderungsantrag einbringen zum Grün- und Freiraumkonzept der Altstadt Halle.

Hier in der Einwohnerfragestunde kamen ja bereits einige Fragen dazu. Ich hätte vorweg auch noch eine Anmerkung dazu, und das ergibt sich eigentlich, wenn man den Titel dieses Konzeptes liest. Es ist nämlich ein Grün- und Freiraumkonzept und warum dorthin, in diesem Konzept, Aussagen zu Verkehrsfragen getroffen werden, insbesondere zum fließenden Verkehr im Altstadtring oder auch zur Streichung von Parkflächen, ist für uns nicht ganz nachvollziehbar.

Und wir haben einen Änderungsantrag gestellt, der genau eins vermeiden soll und zwar, dass es eine Überschneidung gibt mit dem Entschluss und auch dem damit verbundenen Bürgerwillen, der in dem Bürgerentscheid im Jahr 2021 zum Ausdruck gebracht wurde. Es ist korrekt, wir hatten die Diskussion im Fachausschuss, das man ja jetzt über den Beschluss des Bürgerentscheids streiten kann, das ja nur ein Beschluss aufgehoben wurde, damit macht man es sich aber sehr einfach, denn ich denke, die Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger hier in dieser Stadt, die mit immerhin mehr als 60% für diesen Bürgerentscheid votiert haben, haben auch das Konzept zur weitestgehend autofreien Altstadt gelesen. Und genau in diesem Konzept stehen Punkte, die abgelehnt wurden, die sich jetzt in diesem Grün- und Freiraumkonzept wiederfinden.

Wir möchten mit unserem Antrag gerne bezwecken, dass diese Punkte rausgestrichen werden, denn die Stadtverwaltung sagt ja selbst, dass wir noch auf ein Mobilitätskonzept warten. Und im Übrigen würden wir nichts, aber auch gar nichts, an der Wirksamkeit und der Umsetzbarkeit dieses, wie wir finden, sehr guten Grün- und Freiraumkonzepts verändern, wenn wir diese Punkte hier herausstreichen. Wir würden sie einfach ein Stück weit nach

hinten schieben und da diskutieren, wo sie hingehören, eben im Mobilitätskonzept und nicht hier im Grün- und Freiraumkonzept.

Wenn wir diesen Antrag, und das ist ja das, was wir gestern in der Diskussion hatten, wenn der hier im Stadtrat heute keine Mehrheit finden sollte, dann müssen sich diejenigen, die diesen Punkt 3, ich werde noch EinzelpunktAbstimmung beantragen, diesen Punkt 3 nicht zustimmen, wirklich die Frage stellen, für wie verbindlich sie den Bürgerwillen halten, der hier in einem Bürgerentscheid mit einer sehr klaren Deutlichkeit abgestimmt wurde.

Und deshalb würde ich nochmal sehr dringend dafür werben, wenigstens den Punkt 3 eine Zustimmung zu geben, zu den Punkten 1 und 2 haben wir gestern im Fachausschuss schon gesprochen.

Und ich möchte damit schließen, dass ich die EinzelpunktAbstimmung für diese 3 Punkte im Änderungsantrag von unserer Fraktion beantrage. Danke.

Frau Müller

Herr Schaper.

Herr Schaper

Ja, vielen Dank. Unser Änderungsantrag, der zweite, ist ähnlich gelagert wie der von der CDU. Der erste Punkt ist: 90% des Konzeptes sind gut. Dem folgen wir auch. Es gibt aber auch Unsicherheiten in der Bevölkerung, auch in der Händlerschaft, das haben wir vorhin gehört, und das nehmen wir wahr, und das nehmen wir ernst. Wir haben auch die Antwort von Herrn Rebenstorf zur Kenntnis genommen. Aber, wie möchte man sagen: Wir trauen dem Frieden nicht so ganz, Herr Rebenstorf. Das wissen Sie, haben wir gestern auch drüber geredet.

Der Stellplatzmangel ist momentan schon ein echtes reales Problem, da brauchen wir gar nicht drum herum zu reden, sondern es gibt jetzt schon Familien, die jetzt schon aus bestimmten Bereichen der Innenstadt ausziehen, wegziehen, weil sie keine Möglichkeit mehr haben, ihr Auto abzustellen. Deshalb ist unser Antrag eigentlich dafür da, um genau das zu verhindern, dass jetzt schon wieder Fakten geschaffen werden, bevor neue geschaffen werden. Das heißt: Wir wollen einfach, dass es ein nacheinander gibt, dass man erst Möglichkeiten schafft, wo denn Familien parken können. Da gibt es von Ihnen viele Ideen, viele gute Ideen, aber wir haben wiederum die Angst, dass Parkplätze weggenommen werden ohne jeglichen Ersatz.

Eine attraktive Innenstadt ist nur eine attraktive Innenstadt, wenn es eine belebte Innenstadt ist, also, wenn Leute dort wohnen und, wenn man eins und eins zusammenzählt, wer wohnt in der Innenstadt, wer kann sich diese Mieten leisten, es sind sehr wahrscheinlich Leute, die auch ein Auto fahren, die ein Auto besitzen. Und deshalb auch unser kleiner Änderungsantrag und ich hoffe, dass viele diesem folgen können.

Frau Müller

Frau Dr. Burkert.

Frau Dr. Burkert

Vielen Dank. Sehr geehrte Frau Vorsitzende, sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrte Damen und Herren, wir als SPD-Fraktion, wir begrüßen die Vorlage der Verwaltung. Wir denken, dass das sehr ambitioniert ist, dass sehr viel Kraft drinsteckt, sehr viel Arbeit, und das aber im Endeffekt eine gute Vorlage rausgekommen ist.

Ich denke, wir müssen nicht dran erinnern, dass wir als SPD-Fraktion 2020 schon einen Antrag hatten zur Begrünung die Altstadt und des Marktplatzes, der auch die Zustimmung hier im Stadtrat gefunden hat und deshalb schon lange auch hinter dieser Idee stehen.

Ich möchte mich meinen Vorrednern aber anschließend, auch uns ist es wichtig, dass eine gute Kommunikation mit den Bürgern weitergeführt wird und dass auch die Bürger eingebunden werden in die Detailplanung, dass auch diese Fragen zu den Parkplatzsorgen ernst genommen werden und gemeinsam mit den Bürgern nach sinnvollen Lösungen gesucht wird, auch die Frage nach E-Ladesäulen. Und in dieser Richtung auch wirklich die Stadtverwaltung vorangeht. Das sind eigentlich die wesentlichen Anregungen.

Wichtig ist uns auch nochmal, das gerade auch dieses Thema Schwammstadt aufgenommen wird, jetzt aufgrund der klimatischen Veränderungen, es doch zu Starkregenereignissen kommt, zu Dürreperioden, und hier mit dem Thema Rigolen zum Beispiel, doch auch geschaut wird, wie man dieses Grün, was man einmal pflanzt, auch langfristig dann erhalten kann. Auch hier wieder das Thema Bürgerbeteiligung ist uns wichtig, dass man möglichst auch die Bürger in die Grünpflege, wenn möglich, auch mit einbezieht.

Also, hier Werbung für die Zustimmung. Und nochmal danke an die Verwaltung für diese, aus unserer Sicht, wirklich gelungene Vorlage.

Frau Müller

Herr Raue.

Herr Raue

Also, ich bin grundsätzlich erstmal der Auffassung, wenn man die Stadt weiter begrünen will, dann braucht es nicht unbedingt eines solch weitgehenden Konzeptes, wo ich im Prinzip von vornherein all diese Unterschiede oder diesen Kampf aufmache, einerseits möchte ich Parkplätze oder möchte ich Bäume. Die Stadt Halle, die ist einfach gekennzeichnet, jeder kann es nachlesen, dass es eine grüne Stadt ist, wir haben also gar kein großes Problem damit, dass wir zu wenig Grünflächen haben. Für uns ist es eben eher so als Stadt, dass unsere wirtschaftliche Entwicklung stagniert und die müssen wir anstoßen auf der einen Seite und wir müssen natürlich das, was wir haben an Unternehmen in der Innenstadt, überhaupt in der Stadt, die müssen wir schützen, die müssen wir versuchen so zu unterstützen, dass die sich auch in diesem schweren Wettbewerb, in dem sie sich befinden, einerseits die Herausforderungen durch den Onlinehandel, andererseits natürlich auch durch Herausforderungen, dass Kunden natürlich älter und auch bequemer werden, und da muss man schauen, wie man das in Einklang bringt.

Und keine Lösung des Konzeptes, wirtschaftliche Belebung, wäre, wenn ich Parkplätze wegnehme, wenn ich die Erreichbarkeit von Kleinunternehmen, von Geschäften, auch von großen Handelsunternehmen, einschränke. Ich sage das, weil, wir haben den Kaufhof verloren, das ist einfach ein großer Ankermieter gewesen. Der Verlust durch Kaufhof, das wird eine Auswirkung haben auf viele andere kleine Unternehmen, die im Prinzip davon gelebt haben, dass Kunden zu einem großen attraktiven Einzelhändler einkaufen können, und dann daneben noch andere Besorgungen tätigen.

Nur auf den Fahrradkunden zu setzen, bei einer alternden Gesellschaft, das ist einfach auch zu kurz geblickt. Und die, es ist schon angesprochen wurden, die Familien, die im Prinzip jetzt hier in der Innenstadt wohnen und Innenstadt nah wohnen, die brauchen natürlich gegebenen Falls, außer auswärtig Arbeitende, die brauchen natürlich auch ihren PKW und die brauchen dafür auch Stellplätze. Und da kann man das, Herr Rebenstorf, nicht immer abweisen, auf die Eigentümer der Wohnanlagen, auf die HWG oder andere private Vermieter. Sondern, da ist die Stadt natürlich auch gefordert ein Konzept zu finden, wie man

alles in Einklang bringen kann, nämlich die gute Entwicklung, wirtschaftliche Entwicklung einer Stadt, das die Familienfreundlichkeit einer Stadt und natürlich auch die ökologische Ausrichtung und Grünflächen. Aber Sie haben das leider jetzt in einen Wettbewerb gesetzt und Sie haben auch vorhin gesagt: Ja, wenn ich entscheiden muss, der Baum oder der Beton, dann entscheide ich mich für den Baum. So einfach ist es eben nicht. Viele Unternehmer kämpfen einfach um den letzten Kunden und die würden im Zweifel auch dann leider im Wettbewerb unterliegen und die könnten im Prinzip ihre Firma dann nicht mehr weiterführen, ihr Handelsgeschäft nicht mehr weiterführen, wenn wir sie von dem Kunden abschneiden. Und an der Stelle hat die Stadt auch eine große Verantwortung und muss der auch folgen.

Und das gleich, wir hatten es vorhin schon, ich hatte es tatsächlich angesprochen und ich habe es auch gar nicht groß aufgemacht, ich will es hier an der Stelle auch noch mal sagen: Die Erreichbarkeit durch ältere Kunden, also unsere Kulturszene hier in der Stadt, also gerade was Oper und Theater bedeutet durch ältere Kunden, die kommen natürlich aus Neustadt, aus Dörlau und aus allen anderen entfernteren Stadtteilen. Da kommen die nicht alle mit ÖPNV, da kommen die auch nicht mit dem Fahrrad und die kommen auch nicht gelaufen. Viele brauchen auch ihr Kraftfahrzeug, um im Prinzip an dieser Kultur, die reichlich gefördert wird, mit vielen Millionen Euro, wir hatten es vorhin, dass die da auch Teilhabe üben können. Und das alles muss in einen Kompromiss gegossen werden.

Und das schlimme ist für mich an dieser Stelle, dass dieses Konzept, was jetzt hier angestoßen ist, dass das ja Modellcharakter für die gesamte Stadt haben soll. Das heißt, Sie machen das erst im Kleinen und dann wird das ausgedehnt. Deswegen lehne ich das an dieser Stelle ab. So einfach kann man sich das nicht machen. Und Sie haben auch die Händler gehört, die haben da einfach große Sorge und ich rufe daher deswegen auch dazu auf, dass man hier nicht folgt und vielen Dank.

Frau Müller

Ich bitte nur kurz hier oben die Unruhe gerade zu entschuldigen. Wir bekommen hier nur auf dem Bildschirm gerade Schlaftipps angezeigt. Deswegen waren wir jetzt ein wenig irritiert. Das hatte sich jetzt nicht auf den Redner bezogen.

So, wir sind noch bemüht, deswegen hier noch ein bisschen Wuselei am Rand. Frau Dr. Kreuzfeldt, wir machen einfach mal weiter und versuchen uns jetzt dadurch erstmal nicht weiter irritieren zu lassen. Bitte.

Frau Dr. Kreuzfeldt

Sehr geehrte Frau Vorsitzende, sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, ich möchte das mal wieder ein bisschen auf die Füße stellen.

Wir reden hier nicht über ein Verkehrs- und auch nicht über ein Wirtschaftskonzept. Wir reden über ein Grün- und Freiraumkonzept und die Grundlage, die die Stadt veranlasst hat, das hier zu erstellen war das Klimagutachten im letzten Sommer. Wir wissen alle, dass die letzten Jahre die Sommer immer heißer geworden sind, dass sich die Stadt im Sommer aufheizt, dass es immer mehr Hitzetage gibt, und wenn es heißer wird sinkt die Aufenthaltsqualität, sinkt die Lebensqualität in der Innenstadt. Wir wollen in der Innenstadt leben, wir wollen in der Innenstadt arbeiten, wir wollen dort nachts schlafen können. Die Stadt kühlt sich bis zum sechs nicht ab, bis morgens um sechs steht in ihrem Gutachten, und das sind alles Gründe, warum wir sie dringend runter kühlen müssen. Und die beste Möglichkeit dazu ist ein Grün- und Freiraumkonzept. Jeder Baum, jede Flächenbegrünung, jedes Wasserspiel kühlt die Stadt. Und wir kennen das von anderen großen Städten und wir sollten das auch in so einer kleinen Innenstadt wie Halle hinkriegen.

Wie stellen Sie sich das vor, dass die Leute, auch die Touristen, auch die Einkäufer, in eine völlig überhitzte Stadt kommen und mittags um eins dort flanieren und einkaufen gehen? Es ist auch im Interesse der Händler natürlich das runtergekühlt wird. Wir begrüßen also dieses Konzept ausdrücklich und wir hoffen auch sehr auf die Umsetzung, sind auch gespannt auf alles das, was noch später geklärt werden soll.

Und ich möchte noch ganz kurz auf die beiden Änderungsanträge eingehen. Der Änderungsantrag der FDP würde viele Maßnahmen einfach in die Länge ziehen, wenn wir warten müssen, bis die Quartiersgarage gebaut ist an Brunoswarte, bis wir was umsetzen können, da gehen uns wieder wichtige Jahre verloren.

Und der zweite Änderungsantrag der CDU, der hat mich einfach sprachlos gemacht, das von einer Partei im Stadtrat die Stadtverwaltung aufgefordert wird, geltendes Regelwerk, geltendes Recht nicht umzusetzen im Interesse von Partialinteressen von Autofahrern, wobei ich immer davon ausgehen muss, jeder Autofahrer ist auch Fußgänger, das sollten wir nicht vergessen. Wir sind alle nicht nur im Auto unterwegs, sondern wir sind auch zu Fuß unterwegs.

Und ein Interessensausgleich muss zwischen allen stattfinden und da sind die Autofahrer und vor allem das Parken in der Innenstadt, das ist ein Partialinteresse, was von ihnen geopfert werden soll, und daher ist dieses Konzept abzulehnen, also, es hat mich ein bisschen verwundert. Dankeschön.

Frau Müller

Herr Schied.

Herr Schied

Inhaltlich wollte ich jetzt eigentlich zum Grünraumkonzept nur noch so viel sagen, dass wir es begrüßen und zwar habe ich schon einiges dazu gesagt in Bezug auf Klimaanpassung, in Bezug auf Aufenthaltsqualität, da wurde von meinen Vorrednern schon was gesagt. Ich finde es nur, weshalb ich noch mal was sage, mich überhaupt noch mal zu Wort melde, ich finde das teilweise schon grotesk, was hier passiert von einigen meiner Vorrednern. Hier wird faktenbefreit, populistisch Stimmung gemacht. Wir wissen, dass das Thema Parkplatz hier viele Leute emotionalisiert und dann wird das genommen und wird völlig an den Realitäten vorbei hier irgendwie schon wie eine Drohkulisse aufgebaut und so eine Angst erzeugt, die doppelt an den Fakten vorbeigeht.

Erstens mal zeigen die Erfahrungen in anderen Städten, um mich mal auf die Parkplatzproblematik zu beziehen, dass genau das Gegenteil von dem Eintritt, was hier praktisch an Zukunftsängsten aufgebaut wird. Und zweitens, weiß ich nicht, Herr Rebenstorf hat sich tatsächlich im Ausschuss den Mund fusselig geredet, hier im Vorfeld auch schon bei der Einwohnerfragestunde, es werden überhaupt nicht hier irgendwelche Parkplätze in Größenordnungen erstmal wegfallen. Es ist doch erläutert wurden, was hier gemacht werden soll und trotzdem kommen sie immer wieder darauf zurück, und an der Realität komplett vorbei. Und, weil sich das wahrscheinlich gut macht, weil man damit schön Stimmung machen kann.

Und das schrägste, muss ich mal sagen, ist ja der CDU-Änderungsantrag. Also, ich mache den jetzt gleich nochmal auf. Also, der erste Punkt des Änderungsantrages betrifft einfach eine Feststellung. Da wird eine Feststellung gemacht, dass es ein Problem gibt und das ist einfach da. Und wenn wir jetzt das ablehnen, stellen wir fest, dass es dieses Problem nicht gibt. Das Problem bleibt aber trotzdem noch da.

Der zweite Absatz, der zweite Punkt: Die CDU möchte bei der Planung das einschlägige Regelwerk nicht mehr konsequent anwenden. Also, die CDU möchte sich über das

Regelwerk hinwegsetzen. Das von einer Partei, die ansonsten immer so gern als Law and Order Partei auftritt.

Und Punkt drei ist am besten. Punkt drei beinhaltet dann zum Beispiel den Satz: Zu berücksichtigen sein wird dabei das ganzheitliche Mobilitätskonzept der Stadt, noch in Bearbeitung. Das ist doch genau das, was Sie immer gefordert haben. Sie wollten ein ganzheitliches Mobilitätskonzept. Und jetzt wollen Sie, dass es nicht mehr berücksichtigt wird. Das hat schon Comedy-Charakter, Herr Bernstiel.

Geben Sie doch einfach zu, das Grünraumkonzept ist ein gutes Konzept und Sie wollen jetzt bloß noch mal am Rand ein bisschen populistisch Stimmung machen. Das hat das Konzept nicht verdient. Ich finde, es ist ein gutes Konzept und es ist ein zukunftsweisendes Konzept.

Und noch mal zum Thema Wirtschaftlichkeit, das hatten wir auch in einem anderen Ausschuss. Ich spreche für die Fraktion, ich darf jetzt fünf Minuten sprechen. Wir haben, das fand ich sehr interessant von Frau Dr. Odparlik in einem anderen Ausschuss, wir haben ja ein Fachkräftemangel und es gibt sogenannte weiche Faktoren, die für Firmen oftmals auch entscheidend sind, warum sie sich hier ansiedeln und dazu gehört eine attraktive Stadt. Zu einer attraktiven Stadt gehört auch eine attraktive Umgebung und genau das will dieses Grünraumkonzept auch bewerkstelligen und von daher ist es auch aus dieser Sicht her sehr zu begrüßen. Es ist also vollumfänglich zu begrüßen. Es ist eine tolle Sache und wir stimmen dem natürlich zu.

Frau Müller

Frau Jacobi.

Frau Jacobi

Dankeschön, Frau Vorsitzende. Herr Bürgermeister, liebe Mandatsträger, ich darf im Namen meiner Fraktion mich sehr nochmal bedanken für dieses wirklich tolle Konzept, was die Verwaltung hier vorgelegt hat. Wir freuen uns schon auf die Umsetzung.

Und zu den Änderungsanträgen kann ich auch nur sagen, also mein Vorredner hat das noch einmal dargelegt und auch Herr Rebenstorf hat es in der Einwohnerfragestunde nochmal mehrfach deutlich erklärt, warum die nichtig sind und wir deswegen auch ablehnen.

Und ich möchte hiermit auch einen Geschäftsordnungsantrag stellen, dass wir zur Abstimmung kommen, da wir genau diese Debatten schon ausführlich in drei Ausschüssen hatten und ich denke, das ist in dem Sinne alles gesagt.

Frau Müller

Frau Jacobi, das müssten Sie wenn, dann an jemanden anderen weitergeben, weil Sie können hier nicht einen Redebeitrag halten und anschließend den Geschäftsordnungsantrag auf Abbruch der Debatte stellen. Das funktioniert so nicht. Das ist auch laut unserer Geschäftsordnung überhaupt nicht möglich, hat auch einen guten Grund, das wäre ein bisschen sehr, Sie wissen schon. So, okay, dann sehe ich jetzt grad, dass Herr Dr. Wend einen Geschäftsordnungsantrag stellt. Bitteschön.

Herr Dr. Wend

Ich habe den leisen Verdacht, Frau Vorsitzende, Sie wissen, was ich sagen möchte, klug wie Sie sind. Ich bitte um Abbruch der Debatte. Alle Argumente sind ausgetauscht und bitte um Abstimmung,

Frau Müller

Dann haben wir jetzt den Geschäftsordnungsantrag auf Abbruch der Debatte. Möchte jemand zum Geschäftsordnungsantrag reden? Herr Heym, bitte.

Herr Heym

Ich ergreife ja gegen derartige Geschäftsordnungsanträge nicht das erste Mal zu Wort, also es ist schon wirklich aus meiner Sicht fast missbräuchlich, wie hier Tipps gegeben werden aus dem Präsidium, wie man nicht zulässige Anträge dann doch noch stellen kann, um die Rednerliste und den Diskussionsbedarf, der sich daraus ergibt, im Keim abzuwürgen. Offensichtlich ist nicht alles gesagt und auch Mandatsträger, die in den Stadtrat gewählt wurden, die nicht im Ausschuss vertreten sind, haben gegebenenfalls das Bedürfnis der Bevölkerung hier ihren Standpunkt mitzuteilen, was sie, wenn der Geschäftsordnungsantrag Erfolg hat, nicht können. Ich bitte den deshalb zurückzuweisen.

Frau Müller

Herr Heym, nur mal zur Erwiderung. Ich gebe hier keine Tipps, sondern ich erzähle hier nur, was in der Geschäftsordnung drinsteht, nämlich, dass diejenigen, die selbst geredet haben, keinen Geschäftsordnungsantrag stellen können und das im Zweifelsfall das wer anders machen muss. Das ist nun mal, ja, ich glaube, dass es nicht so ist, dass ohne dem, ohne dass hier, niemand anders darauf gekommen wäre.

Also, möchte jemand für den Geschäftsordnungsantrag sprechen? Okay, dann sehe ich das nicht, dann stimmen wir jetzt über den Geschäftsordnungsantrag auf Abbruch der Debatte ab. Bitteschön. Vielen Dank. Wir haben 20 Ja-Stimmen, 16 Nein-Stimmen, 8 Enthaltungen. Damit ist der Geschäftsordnungsantrag auf Abbruch der Debatte angenommen und damit ist die Debatte abgebrochen.

So, dann können wir jetzt in das Abstimmungsverfahren gehen. Da haben wir zunächst die Änderungsanträge. Wir stimmen in der Reihenfolge wie immer, der weitestgehende Änderungsantrag ist der der CDU-Fraktion, TOP 7.5.1. Danach stimmen wir den Änderungsantrag der FDP-Fraktion ab, TOP 7.5.2, und am Schluss dann die entweder so oder eben nicht geänderte Gesamtbeschlussvorlage.

-Abstimmungsprozess-

zu 7.5.1 Änderungsantrag der CDU-Fraktion zum Grün- und Freiraumkonzept Altstadt Halle (Saale) Vorlage: VII/2023/05123

Abstimmungsergebnis:

Einzelpunktabstimmung

*Pkt. 1 mehrheitlich abgelehnt
19 Ja / 24 Nein / 1 Enthaltung*

*Pkt. 2 mehrheitlich abgelehnt
17 Ja / 26 Nein / 1 Enthaltung*

*Pkt. 3 mehrheitlich abgelehnt
17 Ja / 26 Nein / 1 Enthaltung*

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat beschließt folgende Änderungen im Konzept:

1) Seite 15, dritter Absatz:

~~Ebenso stellt das Parkhaus Händelhauskarree mitten im Stadtzentrum ein Problem dar, weil es zu einem spürbaren Kfz-Verkehrsaufkommen in Straßen mit dichtem Fuß- und Radverkehr führt.~~

2) Seite 29, letzter Absatz:

~~Um dies zu erreichen, ist bei der Planung das einschlägige Regelwerk konsequent anzuwenden.~~

3) Seite 30, zweiter Absatz:

~~Umnutzung von Kfz-Infrastrukturen~~

~~Nach Möglichkeit sollen bestehende Flächen des Kfz-Verkehrs, insbesondere Parkplätze, reduziert bzw. verlagert und zu attraktiven, begrünten Freiflächen mit Mehrfachnutzung (Radfahren, Gehen, Aufenthalt etc.) umgestaltet werden (z. B. am Jerusalemer Platz, im Schülershof, auf dem Friedemann-Bach-Platz oder am Altstadtring). Zu berücksichtigen sein wird dabei das Ganzheitliche Mobilitätskonzept der Stadt (noch in Bearbeitung). Mehr Carsharing-Angebote können zudem helfen, den Bedarf an Pkw-Stellplätzen im Untersuchungsraum zu reduzieren.~~

zu 7.5.2 **Änderungsantrag der Fraktion Freie Demokraten (FDP) zum Grün- und Freiraumkonzept Altstadt Halle (Saale) (VII/2022/04461)**
Vorlage: VII/2023/05167

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich abgelehnt

17 Ja / 24 Nein / 0 Enthaltungen

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat beschließt im Rahmen der Klimaanpassung das Grün- und Freiraumkonzept Altstadt Halle (Saale) als Handlungsgrundlage für die Freiraumentwicklung im Halleschen Stadtkern-, **mit folgenden Änderungen auf S. 30:**

Umnutzung von Kfz-Infrastrukturen

Nach Möglichkeit sollen bestehende Flächen des Kfz-Verkehrs, insbesondere Parkplätze, ~~re-~~duziert bzw. verlagert und zu attraktiven, begrünten Freiflächen mit Mehrfachnutzung (Radfahren, Gehen, Aufenthalt etc.) umgestaltet werden (z. B. am Jerusalemer Platz, im Schülershof, auf dem Friedemann-Bach-Platz oder am Altstadtring). Zu berücksichtigen sein wird dabei das Ganzheitliche Mobilitätskonzept der Stadt (noch in Bearbeitung). Mehr Carsharing-Angebote können zudem helfen, den Bedarf an Pkw-Stellplätzen im Untersuchungsraum zu reduzieren. **Die Umsetzung von Einzelmaßnahmen, durch die mehr als 5 Parkplätze entfallen, erfolgt nur, wenn ein Ausgleich in unmittelbarer Umgebung nachgewiesen ist oder sich in paralleler Umsetzung befindet. Dies erfolgt beispielsweise durch das geplante Parkhaus im Bereich Brunoswarte.**

zu 7.5 Grün- und Freiraumkonzept Altstadt Halle (Saale)
Vorlage: VII/2022/04461

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich zugestimmt**

26 Ja / 17 Nein / 3 Enthaltungen

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt im Rahmen der Klimaanpassung das Grün- und Freiraumkonzept Altstadt Halle (Saale) als Handlungsgrundlage für die Freiraumentwicklung im Halleschen Stadtkern.

Frau Müller

Eine persönliche Erklärung wollen Sie? Das ist aber ein Geschäftsordnungsantrag, wenn Sie so machen. Okay, bitteschön.

Herr Heym

Da die Diskussion hier vorher abgebrochen wurde, blieb ja nicht ausreichend Zeit gewisse Diskrepanzen auszuräumen. Aus der Bürgerfragestunde war die Beteiligung der Citygemeinschaft schon fragwürdig. Da ist die Auffassung durchaus diametral. Die Diskrepanz oder das Misstrauen gegen dieses Konzept ist durch die Beschlussvorlage selbst geweckt.

-Zwischenrufe-

Herr Heym

Es ist, ich erkläre mein Stimmverhalten hier, das machen nicht Sie.

Frau Müller

Frau Ranft, das mache, wenn, dann ich.

Herr Heym

Ich habe gegen die Vorlage gestimmt, weil das Misstrauen, das hier nicht Fakten geschaffen werden, sich aus der Vorlage selbst ergibt. Sie führt aus, infolge der Ablehnung: Es besteht die Gefahr, dass im Konflikt mit anderen Nutzungsinteressen die Belange der Freiraumplanung nicht ausreichend berücksichtigt werden. Es ist also in der Vorlage ausgeführt, dass hier Tatsachen geschaffen werden sollen, die anderen Nutzungsinteressen entsprechend die Anmeldung ihrer Bedarfe erschwert. Das ist aus meiner Sicht auch in der Diskussion nicht ausreichend aufgeklärt, insbesondere die Citygemeinschaft hat heute nochmal zu Bedenken gegeben.

Ich prophezeie, dass bei zukünftigen Diskussionen, wo diese Bedarfe angemeldet werden, genau aus dieser jetzt vorweggenommenen Beschlussvorlage beziehungsweise entsprechende Interessen abgelehnt werden.

Frau Müller

Herr Heym, ich mache an der Stelle tatsächlich auch nochmal darauf aufmerksam, dass war jetzt hier nicht der Anlass, um eine persönliche Erklärung laut unserer Geschäftsordnung einzufordern, werde ich auch in Zukunft so nicht mehr zulassen.

Nein, mit dieser Begründung, so wie Sie es gerade gemacht haben, kann hier im Grunde jeder dann auch nochmal seinen eigenen inhaltlichen Redebeitrag ablassen und das funktioniert nicht. In der Geschäftsordnung steht, wann persönliche Erklärungen abgegeben werden können, bei direkter Ansprache zum Beispiel und so weiter und sofort, wenn man irgendwie sich falsch wiedergegeben fühlt oder so. Aber so nicht. Und wenn Sie mich hier darauf hinweisen, wie ich das sozusagen, dann gebe ich das an dieser Stelle auch mal so zurück.

-Ende Wortprotokoll-

**zu 7.6 Baubeschluss zum Bauvorhaben Neubau Geh- und Radweg Silberhöhe Grüne Mitte
Vorlage: VII/2022/04051**

Herr Heinrich fragte nach dem Mehrwert dieses Vorhabens.

Herr Rebenstorf sagte, dass die Notwendigkeit zum Neubau eines Geh- und Radwegs in der Silberhöhe Grüne Mitte ausgiebig im Ausschuss dargestellt wurde. Im Rahmen des Stadtumbaus auf der Silberhöhe gab es massive Eingriffe in die Bausubstanz (Rückbau und Abriss). Der ganze Bereich um den Anhalter Platz hat sich geändert, da die ursprüngliche Bebauung nicht mehr vorhanden ist. Der Bereich wird umgestaltet, um die Aufenthaltsqualität im Viertel zu verbessern.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen. **Frau Müller** bat um Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich zugestimmt**

38 Ja / 4 Nein / 2 Enthaltungen

Beschluss:

1. Der Stadtrat beschließt, für den Neubau Geh- und Radweg Silberhöhe Grüne Mitte auf den Variantenbeschluss zu verzichten.
2. Der Stadtrat beschließt die bauliche Realisierung des Bauvorhabens Neubau Geh- und Radweg Silberhöhe Grüne Mitte mit einer Bausumme von 416.900 Euro.

**zu 7.7 Bebauungsplan Nr. 32.5 Heide-Süd, 2. Änderung - Satzungsbeschluss
Vorlage: VII/2022/04239**

Es gab keine Wortmeldungen. **Frau Müller** bat um Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: **einstimmig zugestimmt**

43 Ja / 0 Nein / 1 Enthaltung

Beschluss:

1. Der Stadtrat beschließt den Bebauungsplan Nr. 32.5 „Heide-Süd, 2. Änderung“ gemäß § 10 Abs. 1 BauGB in der vorgelegten Fassung vom 13.09.2022 als Satzung.
2. Die Begründung in der vorgelegten Fassung vom 13.09.2022 wird gebilligt.

zu 7.8 Bebauungsplan Nr. 200 Dölau, Wohngebiet Salzmünder Straße - Abwägungsbeschluss Vorlage: VII/2022/04536

zu 7.8.1 Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Beschlussvorlage "Bebauungsplan Nr. 200 Dölau, Wohngebiet Salzmünder Straße – Abwägungsbeschluss" (VII/2022/04536) Vorlage: VII/2023/05118

*-Auf Antrag des Stadtrates Carsten Heym erfolgt zu diesem Tagesordnungspunkt ein
Wortprotokoll.-*

Frau Müller

7.8, Bebauungsplan Nr. 200 Dölau Wohngebiet Salzmünder Straße. Hierzu gibt es den Änderungsantrag unter 7.8.1 der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Und ich bitte um Wortmeldungen. Frau Dr. Kreuzfeldt.

Frau Dr. Kreuzfeldt

Ja, ich möchte kurz unseren Änderungsantrag einbringen. Wie Sie wissen, haben wir den Aufstellungsbeschluss an sich auch schon abgelehnt und wir haben jetzt noch ein paar Änderungen eingebracht, die betreffen zum einen die Solarpflicht auf den Dächern, die ist als Änderungsantrag damals reingekommen, ist im Aufstellungsbeschluss, soll nicht berücksichtigt werden. Wir möchten, dass sie trotzdem berücksichtigt wird.

Der zweite Punkt geht um den Radweg. Das war ein Einwand der Unteren Verkehrsbehörde, dass dort ein Radweg kommen sollte. Dieser Einwand möchte bitte berücksichtigt werden.

Und der dritte Punkt, den wir mit drinnen haben wollen: Die Untere Naturschutzbehörde möchte gerne, dass in den Gärten dort Hochstämme gepflanzt werden. Jeder, der dort wohnt, soll praktisch einen Hochstammbaum pflanzen und nicht nur einen Obstbaum, den man nach wenigen Jahren ohne Verankerung in der Baumschutzsatzung wieder wegbringen kann.

Und diese drei Punkte haben wir eben als Änderungsantrag eingebracht und bitten um Zustimmung.

Frau Müller

Ich habe nur mal, ich weiß nicht, ob das andere genauso empfinden, ich habe nur mal, dieses Mikro, wo Frau Dr. Kreuzfeldt gerade steht, das fiept ganz furchtbar. Das ist, zumindest wenn gesprochen wird, das ist auf die Dauer ein bisschen schwer erträglich.

Herr Heinrich hat einen Geschäftsordnungsantrag, bitte.

Herr Heinrich

Sehr geehrte Frau Vorsitzende, ich erlaube mir, dass von den westdeutschen Oberlehrern übermittelte Demokratieverständnis ...

Frau Müller

Herr Heinrich, bleiben Sie mal bitte sachlich. Wenn Sie so anfangen, brauchen Sie erstmal gar nicht weiterreden. Sie reißen sich jetzt mal bitte hier zusammen mit Ihren Beleidigungen und Diffamierungen und dann können Sie Ihr Anliegen dann bitte jetzt noch mal vortragen.

Herr Heinrich

Sehr geehrte Frau Vorsitzende Müller, ich stelle Antrag auf Abbruch der Debatte, weil diese stereotypen grünen Argumente schon zehntausend Mal überall vorgebracht wurden. Dankeschön.

Frau Müller

Wir haben einen Geschäftsordnungsantrag auf Abbruch der Debatte. Möchte jemand zum Geschäftsordnungsantrag sprechen? Das sehe ich nicht, dann stimmen wir über den Geschäftsordnungsantrag auf Abbruch der Debatte ab.

Vielen Dank. Wir haben 6 Ja-Stimmen, 37 Nein-Stimmen, 2 Enthaltungen. Damit ist der Geschäftsordnungsantrag mehrheitlich abgelehnt und wir gehen weiter in der Debatte. Und wenn ich es noch richtig vor Augen hatte, war Frau Krimmling-Schoeffler die nächste Rednerin. Aber es müssen sich jetzt alle noch mal einwählen, das stimmt. Okay, dann, Herr Wels, wollen Sie oder?

Herr Wels

Sehr geehrte Frau Vorsitzende, sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen, grundsätzlich ist ja hier festzuhalten, es gab ja so ein paar irritierende Aussagen von der ein oder anderen Stadträtin, glaube ich, dass der gültige Flächennutzungsplan der Stadt Halle dieses Gebiet eindeutig als Wohnbebauung hier vorsieht und darauf, das hat uns der Investor mitgeteilt, hat er auch vertraut und hier mittlerweile schon eine siebenstellige Summe wohl in die Hand genommen, unter anderem für Kauf und Planung.

Und dieser Investor, und da bin ich weit davon entfernt, hier irgendwo ein Lobbyist zu sein, aber dieser Investor ist bekanntlich hier schon seit dreißig Jahren in Halle tätig und hat zur Zufriedenheit vieler doch schon sehr erfolgreich Projekte in Halle realisiert. Er sichert Arbeitsplätze, er zahlt hier in Halle seine Steuern. Das ist besonders wichtig. Und genau diese Unternehmen, ansässig in unserer Heimatstadt, dürfen wir eben auch nicht mit überspitzten Forderungen oder vielleicht auch durchaus mit irritierenden Aussagen seitens des Stadtrates verprellen.

Mit konkretem Blick auf die Antragslage hat der Bauträger bei uns bereits mitgeteilt, dass eben auch schon zwei Punkte des Änderungsantrages berücksichtigt sind oder er für unbedenklich hält, nämlich eine Dachneigung für Solarenergie unter Punkt a), gefordert durch den Änderungsantrag, gehört bereits doch schon seit längerer Zeit zum Standard seiner Häuser. Punkt c) fordert ein Obstbaum als Hochstamm. Auf Nachfrage hat der Investor uns hier mitgeteilt, das sei völlig unproblematisch. Problematisch ist aber aus Sicht des Bauträgers Punkt b), da dies eindeutig im Auftrag wohl der Verwaltung liegt, außerhalb des Baugebietes befindlich, und auch auf der gegenüberliegenden Seite sich zu dem ein Radweg schon befindet, nämlich am Imkerweg. Und deshalb wäre hier, was den Änderungsantrag betrifft, eine Einzelpunktabstimmung sinnvoll, die ich an der Stelle auch beantrage.

Abschließend möchte ich aber deutlich machen, wichtig ist es hier, dass die Beschlussvorlage an sich hier heute eine Mehrheit bekommt, um zum einen den Investor

hier in Halle zu halten, der schon sehr viel bewegt hat, im Interesse der Familien, die sich gerne ein Häuschen bauen wollen, und auch in Halle bleiben wollen, und sicherlich auch im Interesse des Stadtteils Dölau, weil da ist auch eine Weiterentwicklung dringend notwendig.

Frau Müller

Herr Wels, jetzt nur noch mal für mich zur Klarstellung: Haben Sie jetzt die Einzelpunkt abstimmung in der eigentlichen Beschlussvorlage gewünscht oder in dem Änderungsantrag? Im Änderungsantrag, alles klar. So und Frau Krimmling-Schoeffler.

Frau Krimmling-Schoeffler

Ja, vielen Dank Frau Vorsitzende. Also, das vor mir war jetzt ein investorenfreundlicher Redebeitrag, meiner wird ein bisschen anders ausfallen.

Ich möchte voranstellen, also, wir sind nicht grundsätzlich gegen neue Wohngebiete mit einem Angebot an Einfamilienhäusern und Mehrfamilienhäusern, auch wenn der Vorwurf immer gerne formuliert wird, es ist nicht so. Aber auch wir in Halle müssen zur Kenntnis nehmen, dass der Flächenfraß für Versiegelungs- und Verkehrsfläche sich jeden Tag fortsetzt. Das heißt, wir verstören Lebensräume und Ackerfläche unwiderruflich. Die Argumente zu diesem Bebauungsplan haben wir ausführlich im Fachausschuss ausgetauscht, das stimmt, und dort wurde dieser Bebauungsplan mit Patt abgelehnt.

Ich möchte jetzt trotzdem noch mal ein paar Stichworte nennen, über die wir uns unterhalten haben: Zersiedelung, Kaltluftschneisen, fruchtbare Ackerböden, Flächenversiegelung, Niederschlagskonzept, fehlende Radwege, sichere Schulwege?

Und es gab einen Beschluss, die Hälfte der Dachflächen mit Solaranlagen auszustatten. Ja, diesen Beschluss gab es. Aber diesen hat die Stadtverwaltung vorsichtshalber wieder aus der Beschlussvorlage rausgestrichen, es wäre ja möglich, dass das Landesverwaltungsamt uns diesen B-Plan nicht genehmigt. Aber vielleicht ja doch! Wir wissen es nur nicht, denn mit vorausgehendem Gehorsam finden wir es nicht heraus, was möglich ist.

Eine weitere Sorge, die ich hier vortragen möchte ist, dass wir anfangen, unsere Stadtränder auszufransen. Ein Wohngebiet ist genehmigt, na dann können wir daneben ja gleich noch eins bauen! Sieht ja dann auch viel schöner auf dem Flächennutzungsplan aus.

Und noch was, kurz zu dem Brief vom Investor, der an die Fraktionen ging. Also, ich kann für meine Fraktion sagen, wir haben schon immer ganz klar unsere Ablehnung zu diesem Bebauungsplan transparent dargelegt und keines der Argumente holt mich ab. Aufschreiben, was nicht geht, und das Minimum, was sie machen, wusste ich bereits. Im Gegenteil, ihr Schema F, also das des Investors, passt seit über dreißig Jahren für diese Stadt und deshalb müssen sie gar nicht innovativ und verantwortungsvoll ökologisch an die Planung neuer Gebiete herangehen. Überrascht hätten sie mich, ich meine den Investor, wenn ein Drittel der Häuser mit Solaranlagen ausgestattet werden und nur so verkauft werden. Und sie hätten diese Häuser ohne Probleme verkauft, da bin ich mir ziemlich sicher.

Meine Fraktion bleibt weiterhin bei der Ablehnung zu dieser Vorlage, stimmen aber dem Änderungsantrag der Grünen trotzdem zu.

Frau Müller

Frau Winkler.

Frau Winkler

Frau Vorsitzende, meine Damen und Herren, wir haben uns, wir hatten ja im Aufstellungsbeschluss diese Solarpflicht eigentlich mitbeschlossen, aber aufgrund des Einspruches des Landesverwaltungsamtes haben wir uns der juristischen Einsicht gebeugt,

dass das nicht möglich ist, rechtlich nicht möglich ist, und da es gegen das geltende Recht verstößt, würde ich als Juristin auch nicht unbedingt sagen: Ach, wir versuchen es mal, wir sind jetzt mal mutig, wir gucken mal, dass der Bebauungsplan dann wieder auffliegt, macht ja nichts. Nein, dieser Auffassung können wir nicht folgen.

Die Fraktion kommt bei uns zu unterschiedlichen Einschätzungen, ob sie der Bebauung zustimmen will oder nicht. Deswegen gibt es bei uns eine offene Abstimmung.

Ansonsten bin ich der Meinung, dass die Festlegung jetzt bei dem Änderungsantrag der Grünen, welche Baumart da gewählt werden soll, das würde ich eigentlich auch gerne den Eigentümern überlassen, die die einzelnen Grundstücke für sich gestalten. Die können ja Solardächer drauf packen, die können, sie müssen einen Baum pflanzen. Aber welchen Baum sie pflanzen, das stellt man ihnen frei. Und ich selbst würde auch kein Haus kaufen und mir dann vorschreiben lassen, was für eine Art von Baum ich dann da hineinpflanzen muss.

Also, insofern, würde ich auf jeden Fall dieser Vorlage zustimmen, aber wie gesagt, wir machen das offen. Danke.

Frau Müller

So, an dieser Stelle schiebe ich mal Herrn Rebenstorf dazwischen. Bitteschön.

Herr Rebenstorf

Ja, meine sehr geehrten Damen und Herren, ich würde jetzt die Ausführungen von Frau Winkler nutzen, die noch mal klar gesagt hat, und was wir auch in unserer Stellungnahme zu diesem Änderungsantrag übergebracht haben, dass wir keine rechtssichere Festsetzung sicherstellen können der Solarpflicht. Deswegen, Herr Wels, muss ich das leider korrigieren, was Sie gesagt haben, es geht nicht alleine um die Dachneigung, die dort ist, und der Investor sagt Ja und Amen.

Ich habe den Investor ausdrücklich darum gebeten, zu diesen Punkten ausschließlich die Verwaltung antworten zu lassen und keine Zusagen zu machen. Wir können, auch wenn der Investor Ihnen das zugesagt hat, wir können dem Punkt 1 nicht rechtssicher umsetzen und deswegen bitte ich ausdrücklich darum, wenn es nachher zur EinzelpunktAbstimmung kommt, diesen Teil des Änderungsantrages nicht zuzustimmen. Vielen Dank.

Frau Müller

Herr Feigl.

Herr Feigl

Also, ich spreche jetzt für die Fraktion, von daher bitte ich die Zeit einzuplanen. Zunächst möchte ich erstmal darauf antworten, was Sie gerade gesagt haben. Sie sollten Ihre Vorlage genau selbst lesen, bevor Sie solle Behauptungen in den Raum stellen.

Die Begründung des Landesverwaltungsamtes an dieser Stelle ist: Es ist nicht ausreichend begründet wurden. Von daher hat das Landesverwaltungsamt Zweifel, ob es rechtssicher umgesetzt werden kann, was im Umkehrschluss heißt, mit einer guten Begründung und die wäre an dieser Stelle zu finden, eine gute Begründung, die müsste man an dieser Stelle eigentlich von vornherein haben, kann diese Rechtsunsicherheit ausgeräumt werden.

Und Frau Winkler, das finde ich auch ein bisschen schräg, dass Sie sich als Rechtsanwältin hier hinstellen und dann auf so einer wagen Formulierung rumreiten.

Also, das erstmal zunächst zur Einführung.

Wir haben im Jahre 2001 ein ISEK verabschiedet. Es wurde dann danach zwei Mal noch mal nachgebessert beziehungsweise fortgeschrieben. In diesem ISEK wurde schon der Grundsatz formuliert ...

Frau Müller

Herr Feigl, Entschuldigung, wir haben jetzt mal die Zeit angehalten, ich muss Sie nur mal unterbrechen, weil Sie gerade sagten, Sie reden für die Fraktion und wir sollen fünf Minuten einplanen. Frau Dr. Kreuzfeldt hat vorhin schon den Änderungsantrag für die Fraktion eingebracht. Das heißt, Sie haben jetzt tatsächlich nur noch drei Minuten. Das wollte ich Ihnen jetzt nur gesagt haben, damit Sie sich darauf einrichten können. Währenddessen haben wir die Zeit angehalten. Jetzt geht es weiter. Es tut mir leid.

Herr Feigl

Dann kann ich mich ja noch mal melden.

Also, zurück zum ISEK. Die Grundprämisse damals war, an den äußeren Rändern schrumpfen und im Inneren verdichten. Aus gutem Grund, weil nämlich sowas wie Infrastruktur, also Verkehr, Wasser, Abwasser und so weiter, das sind alles öffentliche Aufgaben, die wir an den Rändern sicherstellen müssen, um dann auch die Wohngebiete abzusichern. Die kosten aber der Allgemeinheit viel Geld und wir haben eine Flächenversiegelung.

Wir können die Vorlage jetzt nehmen, also die ganze Abwägung, und wir können durchgehen, wir finden Punkt für Punkt, wie wir alles, was an Stadtplanung der Stand der heutigen Zeit ist, wie wir das falsch machen. Die Klimaanpassung, Klimafolgeberücksichtigung wird alles an allen Punkten wird das abgebügelt. Flächenverbrauch wurde schon gesagt. 60 Hektar pro Tag werden an jedem Tag in Deutschland versiegelt. 60 Hektar. Es gibt eine Ansage der Bundesregierung, der vorhergehenden Bundesregierung wohl gemerkt von CDU und SPD, die diesen Flächenverbrauch reduzieren will auf 30 pro Tag, was immer noch eine ganze Menge wäre. Was machen wir in der Stadt? Wir ignorieren das einfach. Bei jeder Diskussion, wo es um Wohnbaugebiete geht, spielt es überhaupt keine Rolle, immer wieder in dieser Stadt.

Wir haben an dieser Stelle, das wurde auch gesagt, ein Kaltluftentstehungsgebiet. Das Gutachten, das übrigens abgeleitet ist aus der Abwägung, also Kurzgutachten ist wirklich schon positiv gesprochen zu diesem Gutachten, geht auch davon aus ...

Frau Müller

Herr Feigl, tut mir leid, Ihre Redezeit ist um.

Herr Feigl

... dass ein Stückchen von diesem Kaltluftentstehungsgebiet verloren geht. Ich melde mich gleich noch mal.

Frau Müller

Herr Raue.

Herr Raue

Also, meine Damen und Herren, ich kann nur appellieren, dass wir hier dem Investor keine Steine in den Weg legen. Wir haben es schon oft genug gehört, in der Stadt fehlen einfach Grundstücke, Baugrundstücke, wo Familien mit Kindern sich ansiedeln können, wo wir verhindern können, dass die in den Saalekreis abwandern, dass die vielleicht in das Leipziger Land abwandern, wo Leute wohnen können, die hier bei uns gute Steuern zahlen. Und von diesen Steuern wir unsere freiwilligen Leistungen finanzieren, nicht zuletzt auch die TOOH.

Wer soll denn das alles bezahlen, wenn wir den Leuten, die hier bei uns Werte schaffen, die sich bemühen, die ihre Kinder hier erziehen wollen und die eben den Wunsch haben, und da spreche ich jetzt auch mal den weichen Standortfaktor an, also, wenn die TOOH ein weicher Standortfaktor für eine Familie ist, frage ich mich: Was ist denn ein Eigenheim?

Und da kommt ein Investor und sagt: Ich plane eine Fläche. Und dann haben wir eine grüne Fraktion, die hier nichts Anderes tut in diesem Stadtrat, als neuen Investoren Steine in den Weg zu legen, so dass die einfach, erstens ihre Kosten weglafen sehen, dass die Kosten immer weiter in die Höhe getrieben werden, die überhaupt gar keine Lust mehr haben hier in Halle zu investieren und genau im Prinzip die Probleme lösen, die Halle hat, nämlich einfach zu wenig Bauflächen für Familien. Und dann habe ich eine grüne Fraktion, die sich hier hinstellt und Wohnflächen, neu geschaffenen Wohnraum abwägt gegen landwirtschaftliche Nutzfläche, und aber dafür sorgt, bundesweit und EU weit, dass Bauern landwirtschaftliche Nutzflächen stilllegen müssen, die also nicht mehr bewirtschaften dürfen. Also, ich frage mich ganz ehrlich: Wie grotesk ist das denn?

Und dann höre ich hier solche wissenschaftlichen Vorträge, auch zum Freiraumkonzept, da geht es dann darum, dass die Städte auskühlen müssen, dass die sich zu sehr aufheizen. Im Freiraumkonzept pflanzen wir drei Bäume. Meine Damen und Herren, ich kann Ihnen versichern, Sie können mir nicht nachweisen, dass diese Bäume, die Sie pflanzen, irgendwie die Temperatur in Halle um 0,1 Grad senken. Und Sie können mir auch nicht nachweisen, und 0,1 Grad kann auch keiner fühlen, das noch dazu, und Sie können mir auch nicht nachweisen, wenn Sie da Brunnen bauen in Halle, dass durch die Befeuchtung und die Verdunstungskühlung, dass da die Temperatur gesenkt wird. Und wenn Sie jetzt hier behaupten, ja, das ist ein Kaltluftentstehungsgebiet, das mag sein, aber wenn der Luftstrom, wenn der Wind in die falsche Richtung führt, weht, dann wird dann auch an dieser Stelle keine Kaltluft in die Stadt Halle hineinwehen.

Also, meine Damen und Herren, wägen Sie einfach vernünftig ab, wägen Sie für die Familien ab, wägen Sie dafür ab, dass in Halle Wertschöpfung entstehen kann, dass die Menschen, die hier bei uns arbeiten auch hier in der Stadt bleiben, dann können wir diese Stadt gemeinsam aufbauen, dann bin ich auch nicht besorgt um die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit bei uns und dann bin ich auch nicht besorgt darüber, dass bei uns Familien mit Kindern keine Zukunft haben. Aber ich schiebe mal noch hinterher, ich glaube gar nicht, dass Sie eigentlich Familien mit Kindern so oder überhaupt Kinder, so unterstützen wollen, das ist einfach nur vorgegeben. Ich bin fest überzeugt, dass Sie gerne möchten, dass Deutschland noch ein bisschen schrumpft, ja, dass die Deutschen hier ein bisschen weniger werden. Vielen Dank.

-Zwischenrufe-

Frau Müller

So, wir beruhigen uns wieder. Und Herr Schachtschneider ist dran.

Herr Schachtschneider

Ja, sehr geehrte Frau Vorsitzende, Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren, also, wenn wir uns hier drüber streiten, ob wir nun 25 Prozent der Dachfläche oder 50 Prozent, da müssen wir uns wirklich zeitnah mal, und da halte ich mich mal an das Eingangsstatement meines Fraktionsvorsitzenden, und wer sich ein bisschen näher mit beschäftigt, der weiß, dass wir vor ein paar Jahren ungefähr bei einem Modul von einer Leistung von 200 und ein paar Watt gesprochen haben. Wir sind mittlerweile bei über 400. Das, was früher 50 Prozent der Dachfläche erzeugten, kriegen wir heute wunderbar auf mindestens 25 Prozent hin.

Die nächste Frage ist ja auch, die man sich stellen muss: Wenn man solche Sachen vorschreiben möchte, obwohl der Investor eigentlich schon, weil zeitgemäßes bauen heißt

solche Sachen zu berücksichtigen, wenn der das schon bejaht, wäre die Frage, wollen wir nicht auch gleich noch Speicher mit reinnehmen? Wollen wir die Wallbox gleich noch zwingend reinnehmen. Und ich denke, das sollten wir, vernünftig wäre es. Und jeder, der irgendwann das Geld hat bei den heutigen Baupreisen, macht das vernünftigerweise auch. Aber wie gesagt, man erschwert das Ganze. Man schiebt die finanziellen Hürden für junge Familien sehr hoch und das würde ich doch wirklich zu bedenken geben.

Die nächste Frage, die ich habe: Der Radweg. Der Radweg, es betrifft jetzt nicht den Investor, nicht sein Baugebiet, sondern eigentlich ein Anliegen des Grundstücks, was nicht dem Investor gehört. Wenn man das bei jeder Investition, bei jedem Bauvorhaben mit so machen oder im Nachgang noch machen will, ich glaube, das schreckt dann auch die Leute ab.

Ja, und das dritte: Die unsägliche Diskussion, ob Hochstamm oder Mittel- oder Viertelstamm. Ich denke, jemand, der sich ein Grundstück anschafft und ein Einfamilienhaus / Mehrfamilienhaus dort draufbaut, der wird es begrünen und nicht nur mit einem kurzgeschnittenen Rasen, sondern auch vielleicht mit anderen bepflanzen. Und ich würde mich da Frau Winkler anschließen. Ein Hochstamm hat ungefähr eine Höhe von 1,80 bis 2 Meter, ein Viertelstamm hat nur ungefähr die Hälfte und ich denke, dass sollten wir den Leuten überlassen.

Und nur ein kleines praktisches Beispiel: Ich habe, glaube ich, vor fünf Jahren, ein Hochstamm, Apfel, noch eine alte Sorte, gepflanzt und der ist jetzt immer noch weit unter dem, dass ich es laut Baumschutzsatzung fällen könnte. Und ich habe den schon etwas größer damals auch gekauft.

Also, ich denke mal, der Baum wird gefällt, wenn er muss, oder wenn andere Sachen sind. Aber da wird nicht jemand drangehen und wird jetzt irgendwo ein Bäumchen fällen, nur, weil er Spaß dran hat. Ich denke, wir sollten dem Investor, der eigentlich schon viel nachgegeben hat, den sollten wir bauen lassen und nicht dieses Zeichen heute aussenden: Wir setzen immer noch einen drauf und zum Schluss passiert gar nichts. Vielen Dank.

Frau Müller

Herr Scholtyssek. Wenn ich es richtig im Blick habe, Sie haben fünf Minuten.

Herr Scholtyssek

Ja, die brauche ich gar nicht.

Sehr geehrte Frau Vorsitzende, sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen, ich möchte noch mal ausdrücklich dafür werben, dass wir diesem Beschluss heute zustimmen sollen.

Ich würde gerne noch mal ein paar Fakten nennen: Wir haben zum Beispiel ein Wohnungsbauziel der Bundesregierung. Wer es gelesen hat, das wird weit unterschritten. Wir in Halle sollten ja dem nicht unbedingt folgen, sondern wir sollten alles tun, dass wir Wohnraum in der Stadt schaffen und damit Einwohner hier halten. Das klang schon an, das sagen wir auch seit Jahren immer wieder, das hat die Verwaltung auch schon festgestellt und arbeitet ja auch daran an dem neuen Flächennutzungsplan. Wir haben einfach zu wenig Flächen, um hier Wohnungsbau zu etablieren und das bewirkt, dass junge Menschen, junge Familien mit Kindern wegziehen ins Umland. Und das kann ja nicht das Ziel einer vorausschauenden Stadtentwicklung sein, dass junge Einwohner die Stadt verlassen. Die wollen wir gerne hier halten. Da geht es auch um die Einkommenssteuer, es gibt ja einen Gemeindeanteil an der Einkommenssteuer. Das ist bei weitem nicht so volatil wie die Gewerbesteuer. Insofern ist das eigentlich aus stadtentwicklungspolitischer Sicht sehr weitsichtig, zielführend, wenn wir dem so folgen würden. Und das ist ja auch nur ein kleiner Teil, was dort jetzt entwickelt werden soll.

Und die ganzen Argumente mit Ackerflächen und Flächenversiegelung, damit haben wir uns immer wieder beschäftigt, das sind die typischen Argumente, die immer kommen bei Vorhaben, die nicht gewollt sind. Dann sagen die Grünen immer: Ja, wir wollen die Innenverdichtung. Das wollen sie anscheinend auch nicht. Das haben wieder immer wieder erlebt. Wir haben gerade dieses Projekt am Reileck – Trafodruck, wo sie immer wieder rumgemeckert haben. Wir hatten das Projekt in Neustadt an der Muldestraße, was Sie auch nicht wollten. Also, auch bei Projekten der Innenverdichtung gibt es immer wieder von Ihnen Anträge, Initiativen, wo Sie sich dagegen wenden, wo Sie das nicht wollen. Das ist unehrlich, finden wir.

Wir wollen die Stadt entwickeln und dazu gehört nun mal auch Bauflächen. Jetzt haben wir hier ein Baugebiet. Der Investor hat da schon viel Arbeit und viel Geld reingesteckt. Ich würde auch mal daran erinnern, dass der Stadtrat 2019 einen Aufstellungsbeschluss gefasst hat zu diesem Bebauungsplan und wenn wir das jetzt hier so machen würden, wie Sie das wollen, und am liebsten noch ablehnen, habe ich Zweifel, ob das rechtlich sauber wäre, dann würden wir uns vielleicht sogar rechtliche Probleme einhandeln. Also, einfach nochmal ausdrückliches Petitum. Lassen Sie uns dem jetzt zustimmen und unsere Stadt weiterentwickeln und nicht immer wieder die gleichen lähmenden Debatten führen. Dankeschön.

Frau Müller

Und Herr Feigl nochmal. Drei Minuten.

Herr Feigl

Also, ich gehe noch mal auf das letzte Wort, sozusagen die lähmenden Debatten, ein. Sie können mir glauben, dass es mir nicht immer Spaß macht, immer wieder dasselbe an dieser Stelle reden zu müssen. Aber, wenn Sie selbst zurückschauen, an wie vielen Stellen wir Gründe finden, warum es an dieser Stelle gerade nicht so gut klappt, dass wir jetzt so irgendwo den Umweltschutz mit beachten oder den Klimawandel irgendwie mit einbeziehen und an dieser Stelle der Investor, und dann ist es ein bisschen rechtsunsicher, und ach. Wir drehen uns im Kreis.

Wir drehen uns seit Jahren im Kreis und kommen in Richtung Klimaschutz in dieser Stadt kein Stück voran. Kein Stück voran! Und an aller erster Stelle mit Wohnungsbau. Wir brauchen Wohnungen, wir müssen Wohnungen bauen. Die Diskussion haben wir beim Wohnungskonzept gehabt, das wir festgestellt haben, wir haben einen Überhang von Wohnungen im Geschossbau in dieser Stadt. Alleine nur mit den Maßnahmen, die wir in der Pipeline haben, werden wir einen Überschuss haben. Dann gehen wir an den Rand der Stadt und zersiedeln weiterhin noch Flächen, schaffen Verkehrsprobleme und sind nicht mal in der Lage bei so einem Vorhaben dann auch noch verpflichtend Photovoltaik auf die Dächer draufzubringen. Jeder Private, der ein Einfamilienhaus irgendwo hat, baut sich das, versucht sich das selbst drauf zu bauen, um ein Stückchen von den Energiepreisen runterzukommen. Und bei allen Punkten, wir saugen uns das doch nicht aus den Fingern.

Die Hinweise, die wir aufgegriffen haben, sind doch alles Hinweise von dem Träger öffentlicher Belange. Aber, eine Stadtverwaltung bügelt alles glattweg ab und dann machen wir eben weiter so. Klimawandel sollen die anderen machen. Wir verlagern die Kosten für die Verkehrsanschließung, für sämtliche andere Erschließungen, die verlagern wir alle in die öffentliche Hand. Wir haben keine Schulwege geklärt, Fachbereich Bildung hat erst gar keine Stellungnahme dazu abgegeben. Das ganze Ding ist eigentlich wirklich eine Zumutung. Danke.

Frau Müller

Herr Menke. Sie haben ebenfalls drei Minuten.

Herr Menke

Ja, Dankeschön. Herr Bürgermeister, Frau Stadtratsvorsitzende, liebe Kolleginnen und Kollegen, ich finde, die Diskussion, die wir hier von einigen Seiten gegen das Baugebiet führen, ist ein verheerendes Signal bei allen Investoren in Halle und bei allen, die auch Halle beobachten und überlegen, hier zu investieren.

Wir haben einen Flächennutzungsplan. In dem Flächennutzungsplan ist ohnehin schon vorgesehen, dass hier ein Baugebiet ist, sodass wir die Diskussion schon vor Jahren geführt haben, ob aus Ackerfläche Bauland werden soll. Ein Investor kommt und sagt: Okay, ich verlasse mich auf das, was der Stadtrat hier beschlossen hat. Und investiert. Und danach wird dann wieder die Diskussion aufgemacht, ob man den aus dem Ackerboden überhaupt Bauland machen sollte. Das geht doch nicht. Es muss doch so sein, dass eine Stadt, ein Stadtrat verlässlich ist. Und wenn man einmal gesagt hat, hier wird ein Baugebiet entstehen, muss man sich auch darauf verlassen dürfen, wenn man im Vertrauen auf diesen Beschluss investiert hat. Und das steht auch in dem Brief, den der Investor geschrieben hat, dass er nämlich schon einen siebenstelligen Betrag hier investiert hat. Was meinen Sie wohl, was passiert, wenn wir solche Investoren, die im Vertrauen auf den Bestand von Flächennutzungsplänen investieren, auf diese Art und Weise abbügeln?

Darüber hinaus dürfen wir ja nicht unberücksichtigt lassen, hier entstehen, einige haben es schon gesagt, 45 Wohnungen von Häuslebauern, die hier Einkommenssteuer bezahlen, gleichzeitig werden aber auch 45 andere Wohnungen in der Stadt Halle (Saale) frei. Das entlastet den Markt. Und das sind mit Sicherheit qualitativ hochwertige Wohnungen. Das entlastet den Wohnungsmarkt.

Der Deutsche Mieterbund hat am Wochenende gesagt, das kam sogar in der Tagesschau: In Deutschland fehlen 700 Tausend Wohnungen. In Halle fehlen qualitativ hochwertige Wohnungen, Herr Feigl. Danke für den Zwischenruf.

In Halle fehlen qualitativ hochwertige Wohnungen! Gucken Sie sich doch nur die Entwicklungen an bei den Befragungen zum Mietspiegel. Dann sehen Sie doch, was los ist. Und soweit hier immer wieder die vermeintlichen Kaltluftschneisen stereotyp angeführt werden. Es gibt hier ein mikroklimatisches Gutachten, was eingeholt werden musste und das sagt, dass es unbedenklich ist hier zu bauen. Und wenn es immer wieder um das Stadtklima geht, gucken Sie sich mal im Paulusviertel die schwarzen Flachdächer an. Die sorgen dafür, dass es heiß ist hier. Die heizen sich im Sommer auf 100 Grad auf. Da müsste man eigentlich mal rangehen. Und das ein Investor keine energetischen Schrotthaufen heutzutage baut, das dürfte doch wohl klar sein.

Ich finde es ja auch nicht gerade bedenklich zuzusagen, wir verlangen jetzt mal, dass da noch ein Obstbaum gebaut wird. Mein Gott, das ist ja kein Problem. Der Investor hat sowieso schon gesagt, als wir den Aufstellungsbeschluss gemacht haben: Kein Problem mit der Photovoltaiktechnik.

Frau Müller

Herr Menke, Ihre ...

Herr Menke

Ich bin jetzt fertig.

Frau Müller

... Zeit ist um.

Herr Menke

Auch das ist unbedenklich. Wer heutzutage baut, sieht das sowieso alles vor.

Frau Müller

Herr Menke, Ihre Redezeit ist um, vielen Dank. Und Herr Schied.

Herr Schied

Jetzt muss ich doch mal noch ein paar Worte dazu sagen. Herr Menke, ein Flächennutzungsplan hat keine Satzungswirkung. Und wenn wir hier in letzter Zeit Bauvorhaben haben, Bebauungspläne aufgestellt haben, haben wir oftmals den Flächennutzungsplan im Parallelverfahren geändert. Wir haben zum Beispiel in Ammendorf eine Bauschuttfläche für die Landwirtschaft hingestellt. Und nicht ohne Grund sind wir jetzt gerade dabei, einen neuen Flächennutzungsplan aufzustellen, weil sich die Rahmenbedingungen geändert haben, und es unter anderem um das Thema Klima, das ist ein sehr wichtiges Thema, und das Thema Versiegelung ist ein wichtiges Thema. Und dann kommen wir noch zu dem nächsten Punkt: In einem Bebauungsplanverfahren ist der Stadtrat immer Herr des Verfahrens, bei allen vier Schritten, die wir durchführen. Und das war schon immer so.

Unsere Fraktion, das hat mein Kollege schon gesagt, lehnt es schon von Anfang an, dieses Verfahren, ab. Und wenn der Investor hier schon große Summen investiert, dann ist das, muss ich mal ehrlich sagen, sein Problem, denn wir haben noch kein Satzungsbeschluss für dieses Gebiet und im Rahmen eines Bebauungsplanverfahrens können immer noch neue Aspekte auftreten, die für uns als Stadträte zu einer anderen Einschätzung kommen. Und in diesem Gebiet, das hat meine Kollegin ja schon gesagt, sind so viele Punkte zusammengekommen, dass man es eigentlich nur noch ablehnen kann. Die Rahmenbedingungen stimmen einfach nicht und von daher ist das abzulehnen und die Aspekte Flächennutzungsplan, Bebauungsplanverfahren habe ich Ihnen jetzt erläutert.

Frau Müller

Herr Heym.

Herr Heym

Ja, manchmal ist schon interessant, wie auf Wortbeiträge eingegangen wird. Der Herr Menke, den habe ich so verstanden, dass er appelliert hat an die Verlässlichkeit, an das Vertrauen, dass Investoren in die Entscheidung des Stadtrates legen. Er hat es konkret an dem Beispiel auch dargelegt, an der bisher getätigten Investitionssumme. Meine Fraktion, auch ich, sind in der Vergangenheit auch nicht Müde geworden, genau diesen Aspekt immer und immer wieder zu beleuchten. Das ist wichtig für die Stadt, wir brauchen Investitionen. Und da brauchen wir Verlässlichkeit und wir brauchen keine Hürden willkürlich, die entsprechend in Beschlüsse eingebaut werden.

So, dann noch zur rechtlichen Situation. Auch das ist beleuchtet wurden. Aus meiner Sicht wird das hier komplett ignoriert. Das Landesverwaltungsamt hat eindeutig gesagt, es ist nicht hinreichend begründbar. So ist diese Formulierung zu verstehen, rechtlich, die dort getätigt wurde. Und von daher geht die Diskussion ein ganzes Stück an den Tatsachen vorbei. Und das ist aus meiner Sicht, schon in gewisser Art und Weise, eine willkürliche Ignoranz. Danke.

Frau Müller

Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen. Damit gehen wir in das Abstimmungsverfahren. Wir stimmen zuerst über den Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN, 7.8.1 ab und da wurde, wenn ich mich recht erinnere, von Herrn Wels, eine Einzelpunkt abstimmung gefordert. Dann machen wir das so. Also, die Punkte a, b, c quasi. Okay.

-Abstimmungsprozess-

-Ende Wortprotokoll-

zu 7.8.1 **Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur
Beschlussvorlage "Bebauungsplan Nr. 200 Dölau, Wohngebiet Salzmünder
Straße – Abwägungsbeschluss" (VII/2022/04536)
Vorlage: VII/2023/05118**

Abstimmungsergebnis:

Einzelpunktabstimmung

<i>Pkt. 1a</i>	<i>mehrheitlich abgelehnt 21 Ja / 27 Nein / 1 Enthaltung</i>
<i>Pkt. 1b</i>	<i>mehrheitlich abgelehnt 19 Ja / 27 Nein / 01 Enthaltungen</i>
<i>Pkt. 1c</i>	<i>mehrheitlich abgelehnt 20 Ja / 24 Nein / 2 Enthaltung</i>

Beschlussvorschlag:

Beschlusspunkt 1 wird geändert und erhält folgende Fassung:

1. Den in der Anlage zu diesem Beschluss enthaltenen Entscheidungsvorschlägen der Verwaltung über die Behandlung der eingegangenen Stellungnahmen zum Bebauungsplan Nr. 200 „Dölau, Wohngebiet Salzmünder Straße“ wird **mit folgenden Änderungen** zugestimmt:
 - a. I-15.7 **Wird nicht berücksichtigt.**
 - b. I-19.8 **Wird berücksichtigt.**
 - c. I-24.1 **Wird berücksichtigt.**

zu 7.8 **Bebauungsplan Nr. 200 Dölau, Wohngebiet Salzmünder Straße -
Abwägungsbeschluss
Vorlage: VII/2022/04536**

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich zugestimmt

27 Ja / 18 Nein / 1 Enthaltung

Beschluss:

1. Den in der Anlage zu diesem Beschluss enthaltenen Entscheidungsvorschlägen der Verwaltung über die Behandlung der eingegangenen Stellungnahmen zum Bebauungsplan Nr. 200 „Dölau, Wohngebiet Salzmünder Straße“ wird zugestimmt.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, in diesem Sinne der Öffentlichkeit zu antworten und das Ergebnis mitzuteilen.

**zu 7.9 Zweckvereinbarung zur Übertragung der Wahrnehmung der Aufgaben der Straßenbaulast im Industriegebiet „Star Park“
Vorlage: VII/2022/04431**

Es gab keine Wortmeldungen. **Frau Müller** bat um Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

43 Ja / 0 Nein / 0 Enthaltungen

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt den Abschluss der als Anlage dieser Vorlage beigefügten Zweckvereinbarung zur Übertragung der Wahrnehmung der Aufgaben der Straßenbaulast im Industriegebiet „Star Park“ auf die Stadt Halle (Saale).

**zu 7.10 Baubeschluss zur Erneuerung der Niederspannungsanlage, des Datenübertragungsnetzes und der Beleuchtungsanlagen für das Objekt Grundschule Frohe Zukunft, Dessauer Straße 152, 06118 Halle (Saale), gemäß der Bewilligung von Fördermitteln im Zuge des Fördermittelprogramms „DigitalPakt Schule 2019 bis 2024“
Vorlage: VII/2022/05006**

Es gab keine Wortmeldungen. **Frau Müller** bat um Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

44 Ja / 0 Nein / 0 Enthaltungen

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt die Erneuerung der Niederspannungsanlage, des Datenübertragungsnetzes und der Beleuchtungsanlagen der Grundschule Frohe Zukunft, Dessauer Straße 152, 06118 Halle (Saale), gemäß der Bewilligung von Fördermitteln im Zuge des Fördermittelprogramms „DigitalPakt Schule 2019 bis 2024“ in einem Gesamtwertumfang nach Kostenberechnung von 1.207.400 €.

**zu 7.11 Genehmigung einer außerplanmäßigen Auszahlung im Finanzhaushalt für das Haushaltsjahr 2023 im Fachbereich Mobilität
Vorlage: VII/2023/05093**

Es gab keine Wortmeldungen. **Frau Müller** bat um Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: **einstimmig zugestimmt**

44 Ja / 0 Nein / 0 Enthaltungen

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt eine außerplanmäßige Auszahlung für das Haushaltsjahr 2023 im Finanzhaushalt für folgende Investitionsmaßnahme:

PSP-Element 8.54101065.700 HW 266 Riveufer, Fahrbahn (HHPL Seiten 1216)
Finanzpositionsgruppe 785* Auszahlungen für Baumaßnahmen in Höhe von 641.900 EUR.

Die Deckung im Finanzhaushalt erfolgt aus folgender Finanzstelle:

PSP-Element 8.54101065.705 HW 266 Riveufer, Fahrbahn (HHPL Seite1216)
Finanzpositionsgruppe 681* Einzahlungen aus Zuweisungen für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen in Höhe von 641.900 EUR.

**zu 7.12 Haushaltssatzung der Stadt Halle (Saale) für das Jahr 2023 – Beitritt zur kommunalaufsichtlichen Genehmigung vom 23. Januar 2023
Vorlage: VII/2023/05169**

Es gab keine Wortmeldungen. **Frau Müller** bat um Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich zugestimmt**

40 Ja / 5 Nein / 0 Enthaltungen

Beschluss:

Der Stadtrat tritt dem Bescheid des Landesverwaltungsamtes Sachsen-Anhalt vom 23. Januar 2023, Az.: 206.4.1-10402-hal-hh2023, bei.

Die Sitzung wurde für eine 30-minütige Pause unterbrochen.

zu 8 Wiedervorlage

**zu 8.1 Antrag der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zu einem Streamingportal für die Stadtbibliothek
Vorlage: VII/2022/04840**

Herr Schied brachte den Antrag im Namen seiner Fraktion ein und warb um Zustimmung.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen. **Frau Müller** bat um Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

42 Ja / 0 Nein / 0 Enthaltungen

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt zu prüfen, ob die Stadtbibliothek für ihre Nutzer: innen als weiteres Angebot ein Streamingportal für Filme etablieren kann. Dafür bietet sich das Streamingportal „Filmfreund“ an, dass bereits von zahlreichen Bibliotheken des Landes genutzt wird.

**zu 8.2 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Aufbau eines Energiemanagementsystems
Vorlage: VII/2022/04994**

**zu 8.2.1 Änderungsantrag der Fraktion MitBürger & Die PARTEI zum Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Aufbau eines Energiemanagementsystems (VII/2022/04994)
Vorlage: VII/2023/05139**

Herr Dr. Lochmann brachte den Antrag im Namen seiner Fraktion ein und warb um Zustimmung.

Herr Wolter brachte den Änderungsantrag seiner Fraktion ein und warb um Zustimmung.

Herr Heym sagte, das beim Energiespar-Contracting darauf zu achten ist, dass alle Maßnahmen, die technische oder bauliche Veränderungen bedürfen, kritisch zu bewerten sind, sodass diese einen finanziellen Nutzen für die Stadt haben.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen. **Frau Müller** bat um Abstimmung.

zu 8.2.1 **Änderungsantrag der Fraktion MitBürger & Die PARTEI zum Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Aufbau eines Energiemanagementsystems (VII/2022/04994)**
Vorlage: VII/2023/05139

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich zugestimmt**

27 Ja / 17 Nein / 1 Enthaltung

Beschluss:

1. Die Stadtverwaltung wird beauftragt, ein Energiemanagementsystem (EnMS) aufzubauen und dem Stadtrat bis zum 3. Quartal 2023 einen Plan zur Einführung ab dem Jahr 2024 vorzulegen. Fördermöglichkeiten durch Land und Bund werden diesbezüglich geprüft und entsprechende Antragstellungen realisiert.
2. **Ergänzend prüft die Stadtverwaltung den Einsatz von Energiespar-Contracting (ESC) bei einer Auswahl repräsentativer Liegenschaften.**

zu 8.2 **Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Aufbau eines Energiemanagementsystems**
Vorlage: VII/2022/04994

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich zugestimmt**

36 Ja / 5 Nein / 5 Enthaltungen

Beschluss:

1. Die Stadtverwaltung wird beauftragt, ein Energiemanagementsystem (EnMS) aufzubauen und dem Stadtrat bis zum 3. Quartal 2023 einen Plan zur Einführung ab dem Jahr 2024 vorzulegen. Fördermöglichkeiten durch Land und Bund werden diesbezüglich geprüft und entsprechende Antragstellungen realisiert.
2. Ergänzend prüft die Stadtverwaltung den Einsatz von Energiespar-Contracting (ESC) bei einer Auswahl repräsentativer Liegenschaften.

**zu 8.3 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Instandsetzung der Geh- und Radwege am Böllberger Weg
Vorlage: VII/2022/04859**

Herr Aldag sagte, dass der Antrag seit November 2022 besteht und sich in der Zeit viel getan. Aus diesem Grund erklärte er den Antrag als erledigt.

Abstimmungsergebnis: erledigt

Beschlussvorschlag:

Die Geh- und Radwege entlang des Böllberger Wegs werden in den Abschnitten, in denen die Stadtbahnprogrammmaßnahmen Böllberger Weg Süd/Südstadtring West umgesetzt wurden, im Rahmen einer Instandhaltungsmaßnahme saniert. Die Umsetzung der Sanierung ist mit der HAVAG abzustimmen, wenn es sich um die Beseitigung von Beschädigungen durch Baumaßnahmen handelt.

**zu 8.7 Antrag des Stadtrates Dr. Detlef Wend (MitBürger & Die PARTEI) zur Abschaffung von personenbezogenen Dienstwagen im Konzern Stadt Halle (Saale) und bei den städtischen Töchtern
Vorlage: VII/2022/04860**

Herr Dr. Wend brachte seinen Antrag ein und warb um Zustimmung.

Herr Helmich sagte, dass die Verwaltung transparent dargestellt hat, dass es seit Jahren im Verwaltungskern Gang und Gebe ist über Poollösungen nachzudenken. Die Anzahl von 64 Dienstfahrzeugen ist übrig. Er sagte, dass die Zusicherung eines personenbezogenen Dienstwagens im Konzern Stadt künftig nicht mehr erfolgen sollte. Diesen Appell sollten auch die Kolleginnen und Kollegen im Stadtrat in ihrer Position im jeweiligen Aufsichtsrat vertreten.

Herr Heinrich sagte, dass der Dienstwagen der Vergangenheit angehören wird, da die Innenstadt von Halle scheinbar autofrei werden soll.

Herr Heym sagte, dass es nicht Privileg eines jeden Beschäftigten in der Verwaltung ist, sich einen Dienstwagen vertraglich zusichern zu lassen. Dies ist wohl eher auf Leistungsträger begrenzt. Er sprach sich gegen den Antrag aus.

Herr Schied sagte, dass der Antrag kein Verbot mehr enthält, sondern lediglich dazu aufgefordert, Alternativen für Dienstwagen zu bevorzugen. Daher ist der Antrag nunmehr zustimmungsfähig.

Herr Menke sagte, dass es durchaus Positionen gibt, wo es sinnvoll ist, einen personenbezogenen Dienstwagen zur Privatnutzung zur Verfügung zu stellen. Dies ist für Positionen mit viel Reisetätigkeit durchaus sinnvoll. Trotzdem stellt der Antrag einen Schaufensterantrag dar und ist daher abzulehnen.

Herr Feigl sagte, dass das Anwerben von sogenannten Leistungsträgern mit der Zusage eines eigenen Dienstfahrzeuges nicht mehr zeitgemäß ist. Die Verwaltung agiert hier mit einem entsprechenden Pool gut, dies sollten auch die städtischen Unternehmen aufgreifen.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen. **Frau Müller** bat um Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich abgelehnt**

20 Ja / 22 Nein / 3 Enthaltungen

Beschlussvorschlag:

- ~~1. Der Stadtrat der Stadt Halle (Saale) beschließt, dass bei allen zukünftig innerhalb des Konzerns Stadt Halle (Saale) **der städtischen Beteiligungen** zu schließenden Arbeitsverträgen bei gemäß § 45 Abs. 5 S. 2 Nr. 1 KVG LSA in der Zuständigkeit des Stadtrates liegenden Personalangelegenheiten von einer Dienstwagenregelung bzw. einer entsprechenden Zusatzvereinbarung abgesehen wird. Über Ausnahmen entscheidet der Stadtrat.~~
- ~~2. Der Stadtrat beauftragt die Stadtverwaltung, die dahingehend erlassenen Verwaltungsvorschriften entsprechend anzupassen.~~
- ~~3. Der Stadtrat der Stadt Halle (Saale) weist den Oberbürgermeister als gesetzlichen Vertreter der Gesellschafterin Stadt Halle (Saale) an, über die jeweiligen Gesellschafterversammlungen der städtischen Beteiligungsgesellschaften Beschlüsse analog zu Beschlusspunkt 1 herbeizuführen.~~

- 1. Der Stadtrat der Stadt Halle (Saale) fordert die Aufsichtsräte von städtischen Beteiligungen dazu auf, im Rahmen der Arbeitsverträge für Geschäftsführer*innen ökologisch sinnvollere Alternativen zu Dienstwagen zu bevorzugen. Zudem sollen die Aufsichtsräte den Geschäftsführer*innen gegenüber anregen, dies für Arbeitsverträge in ihrem Verantwortungsbereich ebenso zu tun.**
- 2. Daher spricht sich der Stadtrat dafür aus, dass bei allen zukünftig innerhalb der städtischen Beteiligungen zu schließenden Arbeitsverträgen im Vorfeld der Aufnahme einer Dienstwagenregelung bzw. einer entsprechenden Zusatzvereinbarung zunächst Alternativen zum Dienstwagen (z.B. Mobilitätsbudget, BahnCard 100) angeboten und detailliert dargelegt werden.**
- 3. Zudem beauftragt der Stadtrat den Oberbürgermeister als gesetzlichen Vertreter der Gesellschafterin Stadt Halle (Saale), in den jeweiligen Gesellschafterversammlungen der städtischen Beteiligungsgesellschaften eine entsprechende Anregung einzubringen.**
- 4. Eine Evaluierung dieser Neuausrichtung erfolgt in einem Jahr durch die BMA.**

zu 9 **Anträge von Fraktionen und Stadträten**

zu 9.1 **Antrag der Fraktion DIE LINKE zur Berufung einer sachkundigen
Einwohnerin
Vorlage: VII/2022/05085**

Es gab keine Wortmeldungen. **Frau Müller** bat um Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich zugestimmt**

39 Ja / 1 Nein / 2 Enthaltungen

Beschluss:

Herr Dr. Erwin Bartsch scheidet als sachkundiger Einwohner im Kulturausschuss aus.

Frau Marie Meier wird als sachkundige Einwohnerin in den Kulturausschuss berufen.

zu 9.2 **Antrag der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zu öffentlichen
Toiletten
Vorlage: VII/2022/05084**

Der Antrag wurde verwiesen.

Abstimmungsergebnis: **verwiesen**

*durch Geschäftsordnungsantrag
der Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale)
in den
Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt und Ordnung
und in den
Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften*

Beschlussvorschlag:

1. Bis zum September 2023 erarbeitet die Verwaltung ein Toilettenkonzept, welches sichert, dass in absehbarer Zukunft in der gesamten Stadt öffentliche Toiletten täglich mindestens zwischen 06:00 und 22:00 Uhr zugänglich sind. Barrierefreie Toiletten sind vollständig mit Euroschlüsselzugang auszustatten und somit täglich rund um die Uhr nutzbar zu machen.
2. Die Verwaltung wird beauftragt zu prüfen, ob die Stadtwerke Halle GmbH die öffentlichen Toiletten übernehmen oder betreiben kann.

**zu 9.3 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Einführung eines
Gästebeitrages in der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: VII/2023/05107**

Der Antrag wurde verwiesen.

Abstimmungsergebnis: verwiesen

*durch Geschäftsordnungsantrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
in den
Kulturausschuss,
Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften
und
Ausschuss für Wirtschaft, Wissenschaft, Stadtentwicklung und Digitalisierung
sowie
durch Geschäftsordnungsantrag
der AfD-Stadtratsfraktion Halle
in den
Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt und Ordnung*

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, eine Satzung zur Erhebung von Gästebeiträgen zu erarbeiten und dem Stadtrat im 2. Quartal 2023 zur Beschlussfassung vorzulegen. Ziel ist eine anteilige Deckung des Aufwandes für städtische Einrichtungen, die dem Tourismus dienen. Angestrebt wird ein Inkrafttreten der Satzung zum 01.01.2024. Der Gästebeitrag wird nach der Dauer des Aufenthaltes bemessen und soll 2 EUR für jede beitragspflichtige Person pro Tag betragen. Bei der Erarbeitung der Regularien der Satzung (inkl. Befreiungen, Pflichten der Beherbergungseinrichtungen etc.) kann sich an der am 19.10.2022 beschlossenen Gästebeitragsatzung der Stadt Naumburg (Saale) orientiert werden.

**zu 9.4 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Realisierung von
Maßnahmen der Waldverjüngung im Stadtwald
Vorlage: VII/2023/05106**

Der Antrag wurde verwiesen.

Abstimmungsergebnis: verwiesen

*durch Geschäftsordnungsantrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
in den
Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt und Ordnung*

Beschlussvorschlag:

1. Die Stadtverwaltung wird beauftragt, in den kommenden drei Jahren bei der notwendigen Waldverjüngung in den städtischen Wäldern mit den vorhandenen Finanzmitteln vorrangig Projekte der Naturverjüngung entsprechend der Forsteinrichtung 2020 – 2029 auf geeigneten nährstoffarmen Flächen mit wildsicherer Umzäunung durchzuführen.
2. Darüber hinaus sind in den kommenden drei Jahren mehrere Pilotprojekte mit Saatverfahren auf geeigneten Flächen in den städtischen Wäldern zu realisieren. Auf diesen Flächen können alternative Methoden gegen Wildverbiss eingesetzt werden. Zu prüfen ist die Beschaffung von Geräten/Maschinen für die Sammlung von Saatgut in den städtischen Wäldern und für das Säen. Zu prüfen ist außerdem in Zusammenarbeit mit den Naturschutzverbänden, wie die Bevölkerung in die Sammlung von geeignetem Saatgut in den Stadtwäldern einbezogen werden kann.
3. Über den Stand der Umsetzung der Maßnahmen ist jährlich im Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt und Ordnung zu berichten.

zu 9.5 Antrag der AfD- Stadtratsfraktion zur monatlichen Berichterstattung der Stadtverwaltung über die Entwicklung der Anzahl öffentlicher Parkplätze für Personenkraftwagen in der Stadt Halle
Vorlage: VII/2023/05112

Der Antrag wurde verwiesen.

Abstimmungsergebnis:

verwiesen

*durch Geschäftsordnungsantrag
der AfD-Stadtratsfraktion Halle
in den
Ausschuss für Planungsangelegenheiten
und
in den
Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt und Ordnung*

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverwaltung legt monatlich einen Bericht zur Entwicklung öffentlicher Parkplätze für Autos in der Stadt Halle (Saale) vor. Der Bericht soll die zum Stichtag eines Monatsersten, öffentlich nutzbare Parkplatzflächen für Personenkraftwagen auflisten und detailliert aufführen und begründen, wo welche Parkplatzflächen temporär und dauerhaft entfallen oder hinzugekommen sind. Der Bericht soll im Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt und Ordnung als Mitteilung eingebracht werden.

**zu 9.7 Antrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Prüfung der Einrichtung von Park & Ride-Plätzen
Vorlage: VII/2022/05090**

Herr Eigendorf brachte den Antrag im Namen seiner Fraktion ein und warb um Zustimmung.

Herr Schied sagte, dass Park & Ride Plätze sinnvoll sind, jedoch nicht in der Elsa-Brändström-Straße. Die Diskussionen um den Umbau der Elsa-Brändström-Straße wurden geführt. Unter anderem sollen dort Parkplätze entfallen, weil die Straße grundhaft ausgebaut und die Situation für alle Verkehrsteilnehmer verbessert werden soll. Da der Bereich auch noch ein Schulweg ist, ist eine Park & Ride Fläche nicht zielführend.

Herr Feigl schloss sich den Ausführungen von Herrn Schied an.

Herr Heinrich sagte, dass die Einrichtung weiterer Park & Ride Flächen gut ist. Es müssen jedoch geeignete Standorte sein und der im Antrag benannte Bereich ist dafür nicht geeignet.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen. **Frau Müller** bat um Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich abgelehnt**

3 Ja / 34 Nein / 4 Enthaltungen

Beschlussvorschlag:

1. Die Stadtverwaltung wird beauftragt zu prüfen, ob ein Park-&-Ride-Parkplatz an der Endstation der Straßenbahnlinie 8 oder im Umfeld der Bahnlinie am südlichen Ende der Elsa-Brändström-Straße geschaffen werden kann.
2. Darüber hinaus wird die Stadtverwaltung beauftragt zu prüfen, ob ein Park-&-Ride-Parkplatz im Kreuzungsbereich der Merseburger Straße/Damaschkestraße eingerichtet werden kann.

**zu 9.8 Antrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Erstellung eines Baumgutachtens zum Zustand der Bäume entlang der Damaschkestraße
Vorlage: VII/2022/05089**

Der Antrag wurde verwiesen.

Abstimmungsergebnis: **verwiesen**

*durch Geschäftsordnungsantrag
der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)
in den
Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt und Ordnung*

Beschlussvorschlag:

1. Zur Beurteilung des Zustandes der Bäume entlang der Damaschkestraße wird ein Baumgutachten beauftragt.
2. Die Ergebnisse werden dem Stadtrat per Informationsvorlage zugänglich gemacht.

zu 9.9 Dringlichkeitsantrag der CDU-Fraktion zur Neubesetzung der Regionalversammlung der Regionalen Planungsgemeinschaft Halle Vorlage: VII/2023/05144

Frau Müller stellte die aktuelle Anwesenheit mit 42 anwesenden Stadträtinnen und Stadträten fest. Es widersprach niemand einer offenen Wahl.

Abstimmungsergebnis: **gewählt**

41 Ja / 0 Nein / 1 Enthaltung

Beschluss:

Der Stadtrat wählt Herrn Mario Schaaf in die Regionalversammlung der Regionalen Planungsgemeinschaft Halle.

zu 9.10 Dringlichkeitsantrag der CDU-Fraktion zur Neubesetzung von Aufsichtsgremien Vorlage: VII/2023/05143

Es gab keine Wortmeldungen. **Frau Müller** bat um Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: **einstimmig zugestimmt**

39 Ja / 0 Nein / 0 Enthaltungen

Beschluss:

(1) Entwicklungs- und Verwaltungsgesellschaft Halle-Saalkreis GmbH

1. Der Stadtrat widerruft die Entsendung von Herrn Steve Mämecke in den Aufsichtsrat der Entwicklungs- und Verwaltungsgesellschaft Halle-Saalkreis GmbH.
2. Der Stadtrat entsendet Herrn Guido Haak in den Aufsichtsrat der Entwicklungs- und Verwaltungsgesellschaft Halle-Saalkreis GmbH.
3. Der Oberbürgermeister wird ermächtigt, alle zur beschlussgemäßen Umsetzung notwendigen Maßnahmen einzuleiten.

(2) Stadion Halle Betriebs GmbH

1. Der Stadtrat widerruft die Entsendung von Herrn Steve Mämecke in den Beirat der Stadion Halle Betriebs GmbH.
2. Der Stadtrat entsendet Herrn Guido Haak in den Beirat der Stadion Halle Betriebs GmbH.
3. Der Oberbürgermeister wird ermächtigt, alle zur beschlussgemäßen Umsetzung notwendigen Maßnahmen einzuleiten.

zu 9.11 Dringlichkeitsantrag der CDU-Fraktion zur Neubesetzung der Arbeitsgemeinschaft „Ländlicher Raum“ Vorlage: VII/2023/05145

Es gab keine Wortmeldungen. **Frau Müller** bat um Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: **einstimmig zugestimmt**

39 Ja / 0 Nein / 0 Enthaltungen

Beschluss:

Der Stadtrat benennt Herrn Guido Haak als Mitglied in der Arbeitsgemeinschaft „Ländlicher Raum“.

zu 9.12 Dringlichkeitsantrag der CDU-Fraktion zur Neubesetzung in Ausschüssen Vorlage: VII/2023/05146

Es gab keine Wortmeldungen. **Frau Müller** bat um Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: **einstimmig zugestimmt**

39 Ja / 0 Nein / 0 Enthaltungen

Beschluss:

(1) Ausschuss für städtische Bauangelegenheiten und Vergaben

1. Herr Steve Mämecke scheidet aus dem Ausschuss für städtische Bauangelegenheiten und Vergaben aus.
2. Der Stadtrat beruft Frau Dr. Ulrike Wünscher als Mitglied in den Ausschuss für städtische Bauangelegenheiten und Vergaben.

(2) Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt und Ordnung

1. Herr Steve Mämecke scheidet aus dem Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt und Ordnung aus.
2. Der Stadtrat beruft Herrn Guido Haak als Mitglied in den Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt und Ordnung.

(3) Sozial-, Gesundheits- und Gleichstellungsausschuss

1. Frau Dr. Ulrike Wünscher scheidet aus dem Sozial-, Gesundheits- und Gleichstellungsausschuss aus.
2. Der Stadtrat beruft Herrn Guido Haak als Mitglied in den Sozial-, Gesundheits- und Gleichstellungsausschuss.

zu 9.13 Dringlichkeitsantrag der CDU-Fraktion im Stadtrat von Halle (Saale) zur Berufung eines sachkundigen Einwohners im Sozial-, Gesundheits- und Gleichstellungsausschuss Vorlage: VII/2023/05147

Es gab keine Wortmeldungen. **Frau Müller** bat um Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: **einstimmig zugestimmt**

39 Ja / 0 Nein / 0 Enthaltungen

Beschluss:

Herr Guido Haak scheidet als sachkundiger Einwohner aus dem Sozial-, Gesundheits- und Gleichstellungsausschuss aus.

Der Stadtrat beruft Frau Babett Hünert als sachkundige Einwohnerin in den Sozial-, Gesundheits- und Gleichstellungsausschuss.

zu 10 Mitteilungen

Es wurden keine weiteren Mitteilungen gegeben.

zu 11 Anfragen von Fraktionen und Stadträten

Frau Müller sagte, dass die schriftlichen Anfragen der Fraktionen und Stadträte und die Antworten der Verwaltung unter Ziffer 11.1 bis 11.11 vorliegen. Die Beantwortung zu TOP 11.5 wird in einer späteren Sitzung erfolgen. Sie fragte nach mündlichen Anfragen.

zu 11.12 Herr Wels zu Regenbogenbänken

Herr Wels bezog sich auf den beschlossenen Antrag zur Aufstellung von Regenbogenbänken aus April 2022 und fragte, ob bereits Sponsoren bekannt sind und Gespräche mit etwaigen erfolgt sind.

Herr Rebenstorf sagte eine schriftliche Beantwortung sowie eine Information für die Sitzung des Planungsausschusses zu.

zu 11.13 Frau Dr. Schöps zu TOP 11.7

Bezugnehmend zur Antwort der Verwaltung auf die Anfrage der Fraktion MitBürger & Die PARTEI zur Umsetzung des Verwaltungsauftrages aus Punkt 4.3.1 des Wohnungspolitischen Konzeptes der Stadt Halle (Saale) fragte **Frau Dr. Schöps**, ob die Antwort unter Punkt 3 ergänzt werden kann hinsichtlich der restlichen Wohnungsbauprojekte und der Frage, bei welchen dieser Projekte die Forderung ganz oder anteilig entsprochen wurde.

Herr Rebenstorf sagte eine schriftliche Beantwortung sowie eine Information für die Sitzung des Planungsausschusses zu.

zu 11.14 Frau Dr. Schöps zum Mietspiegel

Frau Dr. Schöps sagte, dass im Planungsausschuss am 10.01.2023 auf Anfrage mitgeteilt wurde, dass eine Information zur Erstellung des Mietspiegels am Runden Tisch Wohnen vorgesehen sei. Leider konnte in der Informationsvorlage zum Zeitplan der Erstellung des Mietspiegels kein Termin gefunden werden.

Sie fragte, ob der Mietspiegel im 2. Quartal 2023 Thema am Runden Tisch Wohnen sein wird und weiterhin, ob es möglich ist, dass sich das Büro Analyse & Konzepte immo.consult aus Hamburg nach Abschluss der Datenerhebung am Runden Wohnen vorstellt und ihr Konzept zur Verarbeitung der Daten und zum beabsichtigten Aufbau des Regressionsmietspiegels darlegt (Basismiete nach Wohnungsgröße (qm oder qm- Bereiche) und/oder Baujahr bzw. Baujahrintervalle; Berücksichtigung welcher Wohnmerkmale als Zu-, Abschlag - prozentual oder als Festbetrag).

Herr Rebenstorf sagte, dass die nächste Sitzung des Runden Tisches Wohnen am 10.05.2023 stattfindet. Eine Auswertung der Daten ist zu diesem Zeitpunkt noch nicht möglich. Er sagte, dass in der Sitzung eine Vorstellung der Firma und wie diese die Daten erheben wird, erfolgen kann.

zu 11.15 Herr Schied zu mobilen Fahrradabstellanlagen

Herr Schied sagte, bereits mehrfach zum Thema Fahrradabstellanlagen bei Großveranstaltungen angefragt zu haben (März, Mai, Juni und Dezember 2022).

Er fragte erneut, ob es zum Thema Fahrradabstellanlagen bei Großveranstaltungen Absprachen und / oder Vertragsklauseln zwischen der Stadt und den Veranstaltern gibt und

wie die Verwaltung die Situation hinsichtlich des Einsatzes von mobilen Fahrradständern durch Veranstalter einschätzt.

In der Begründung der Verwaltung zu ihrer ablehnenden Haltung zum Antrag der Fraktion DIE LINKE zu mobilen Abstellanlagen (VI/2019/00562) führte die Verwaltung damals aus: Aus Sicht der Verwaltung liegt die Entscheidung zur Aufstellung mobiler Abstellanlagen beim Veranstalter.

Herr Rebenstorf sagte, dass die Verwaltung das Thema mobile Fahrradabstellanlagen gemeinsam mit den Veranstaltern bei großen Veranstaltungen besprechen wird und wie dies umzusetzen ist. Beispielhaft nannte er das Laternenfest, wo die Verwaltung aktiv auf die Veranstalter zugehen wird, um das Thema anzugehen und gegebenenfalls Auflagen aufsetzt.

Herr Schied bezog sich auf einen weiteren Sachverhalt zum Thema mobile Fahrradabstellanlagen. Er fragte, ob die 50 mobilen Fahrradständer beschafft wurden, deren Beschaffung der Stadtrat im Juli 2022 beschlossen hatte (Antrag VII/2022/04225).

Herr Rebenstorf sagte, das am Rondel am Riebeckplatz bereits mobile Abstellanlagen aufgestellt wurden. Um die beschlossene Anzahl von 50 mobilen Fahrradständern erfüllen zu können, werden weitere im Bereich des Busbahnhofs bis zum Eisenbahnbundesamt aufgestellt werden, sobald der Haushalt genehmigt ist und die finanziellen Mittel zur Verfügung stehen.

zu 11.16 Herr Schied zur Ampelschaltung am Reileck

Herr Schied sagte, am 23.11.2022 die Überprüfung der Ampelschaltung am Reileck angeregt zu haben, da dort regelmäßig Autos noch in die Richard-Wagner-Straße einfahren, wenn die Fußgänger diese Straße bereits bei Grün überqueren.

Daraufhin wurde im folgenden Hauptausschuss durch den anwesenden Beigeordneten an die Autofahrer appelliert, bei Rot nicht mehr zu fahren.

Als Reaktion auf meine in der Ratssitzung im Dezember geäußerten Zweifel, dass ein Appell im Hauptausschuss irgendetwas an der Situation ändern könne, wurde uns dann im Januar im Planungsausschuss die Ampelschaltung am Reileck erläutert und erklärt, dass dort alles in Ordnung sei.

Im darauffolgenden Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt und Ordnung erklärte ich dazu, dass die Realität am Reileck trotz perfekter Ampelschaltung eine andere sei. Daraufhin wurde mir ein Vororttermin zugesagt.

Der Vororttermin hat am 17.01.2023 stattgefunden. Die Einschätzung des Vertreters der Verwaltung: Das Problem existiert. Die Ampelschaltung muss geändert werden.

Herr Schied fragte daher, ob die Ampelschaltung inzwischen geändert wurde und wenn nicht, wann dies erfolgen wird.

Herr Rebenstorf antwortete, dass ein Mitarbeiter des Fachbereiches Sicherheit vor Ort war. Mitarbeiter seines Geschäftsbereiches werden die entsprechende Umsetzung vornehmen, sobald die Abstimmung mit der Unteren Verkehrsbehörde erfolgt ist. Ein genauer Zeitpunkt kann noch nicht mitgeteilt werden.

zu 11.17 Herr Bernstiel zur Kriminalitätsstatistik

Herr Bernstiel sagte, dass seit zwei Jahren über die zunehmende Kriminalität in der Stadt gesprochen wird. Halle (Saale) belegte jüngst Platz 3 der Kriminalstatistik und ist demnach die dritt gefährlichste Stadt in Deutschland.

Er fragte, wann das Thema endlich Thema Nummer 1 dieser Stadt wird und was unternommen wird, damit sich die Lage verbessert und Halle nicht zu den gefährlichsten Städten Deutschlands zählt.

Herr Bürgermeister Geier sagte, dass das Thema bereits Topthema ist. Am gestrigen Tag fanden sich erstmals Vertreter von Polizei, Ordnungsamt, Staatsanwaltschaft, Landesverwaltungsamt, Jugendgerichtshilfe, Landesschulamt und Streetwork in einer Koordinierungsgruppe zusammen und haben sich zum Thema Kriminalitätsausgetauscht. Jeder Akteur hat aus seinem Zuständigkeitsbereich berichtet und man hat festgestellt, wo eine noch bessere Vernetzung möglich ist.

Er berichtete, dass die Konfliktlage in den 90iger Jahren bei der Polizei bei 40.000 Fällen jährlich lag, momentan beträgt diese 27.000 Fälle pro Jahr. Die gemeinsame Bestreifung von Ordnungsamt und Polizei seit Herbst 2022 zeigt bereits Erfolge, da seit November die Fallzahlen bei der Polizei rückläufig sind. Alle Akteure waren sich einig, dass mehr Prävention notwendig ist. Das nächste Treffen soll im Februar stattfinden.

zu 11.18 Herr Dr. Bergner zu zu TOP 11.3

Herr Dr. Bergner bezog sich auf die Antwort der Verwaltung auf die schriftliche Anfrage der CDU-Fraktion zum Dürreschutzkonzept und fragte, warum es keinen nennenswerten Fortschritt zur Umsetzung des Antrages gibt. Er fragte weiter, warum keine Bereitschaft des Wissenschaftsbereiches vorliegt.

Herr Rebenstorf sagte, dass Herr Dr. Bergner zu einem persönlichen Gespräch eingeladen wird, um alle seine Fragen klären zu können. Über das Ergebnis wird im Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt und Ordnung berichtet werden.

zu 11.19 Frau Krimmling-Schoeffler zur Schieferbrücke

Frau Krimmling-Schoeffler fragte, wann die Schieferbrücke für den Fuß- und Radverkehr wieder freigegeben ist.

Herr Rebenstorf sagte, dass die Herstellung der Fugen noch aussteht. Dies kann erst erfolgen, wenn die Temperaturen wärmer werden. Sobald dies erfolgt ist, wird die Brücke freigegeben.

zu 11.20 Frau Krimmling-Schoeffler zu Fahrradabstellanlagen in der Ludwig-Wucherer-Straße

Frau Krimmling-Schoeffler sagte, dass es in der Ludwig-Wucherer-Straße, in Höhe des Eisdealers, Fahrradabstellanlagen gab, die wahrscheinlich aufgrund einer Baumaßnahme

abmontiert wurden. Sie fragte, ob nach Beendigung der Baumaßnahme eine Wiederaufstellung vorgesehen ist.

Herr Rebenstorf sagte eine Prüfung zu.

zu 11.21 Frau Dr. Wünscher zur Konzerthalle Ulrichskirche

Frau Dr. Wünscher sagte, dass sich in der Ulrichskirche zwei große Instrumente befinden, die während der jetzigen Temperaturen und der Baumaßnahmen sicherlich besonderen Schutz bedürfen. Sie fragte, ob hier Abhilfe geschaffen werden kann.

Frau Dr. Marquardt sagte eine Prüfung zu.

zu 11.22 Frau Dr. Wünscher zu einer Baumaßnahme hinter der Oper

Frau Dr. Wünscher sagte, dass auf der Fläche hinter der Oper gebaut wird. Sie fragte, ob der technische Rektor der Oper in die Absprachen der Baumaßnahmen involviert ist.

Herr Rebenstorf sagte, dass er den Investor darüber in Kenntnis setzen wird, dass sich dieser mit den Anliegern über die Baumaßnahme in Verbindung setzt und diese mit einbindet.

zu 11.23 Herr Schaper zur Kriminalitätsstatistik

Herr Schaper fragte, ob der Stadtrat über die Gespräche und Erkenntnisse der Koordinierungsgruppe unterrichtet wird.

Herr Bürgermeister Geier verwies auf die geplante Sondersitzung von Bildungsausschuss und Jugendhilfeausschuss. In dieser Sitzung wird über das Treffen informiert werden.

zu 11.24 Herr Schaper zu Straßenschäden in der Kurt-Wüsteneck-Straße

Herr Schaper fragte nach dem Stand bezüglich der Straßenschäden (Schlagloch) Kurt-Wüsteneck-Straße in Richtung Georgi-Dimitroff-Straße.

Herr Rebenstorf sagte, dass die Straßenverhältnisse verbessert werden, sobald die Temperaturen Baumaßnahmen zulassen.

zu 11.25 Herr Scholtyssek zu TOP 11.2

Bezugnehmend zum Tagesordnungspunkt 11.2 fragte **Herr Scholtyssek**, ob die Garagenverordnung im Bereich des Gesundbrunnenviertels gilt und ob eine Baugenehmigung im Vorgarten, an eine Fahrzeuggröße bindend, rechtlich möglich ist.

Herr Rebenstorf sagte, dass die meisten Vorgärten im Gesundbrunnenviertel eine Tiefe von 4 Metern haben und laut Regelwerk eine Tiefe von 5 Metern gegeben sein muss. Es bedarf eines enormen bürokratischen Aufwandes dies zu kontrollieren.

Herr Scholtyssek fragte, ob das Ordnungsamt die Fälle ahnden dürfte, bei denen ein Fahrzeug in den öffentlichen Raum ragt, obwohl dieses auf privaten Grund steht.

Herr Rebenstorf sagte, dass es sich um eine theoretische Frage handelt. Es wurden mittlerweile viele Anzeigen innerhalb des Viertels gestellt. Die Fälle sind einzeln und separat vom Gericht zu bewerten. Die Verwaltung kann erst agieren, wenn hier die Urteile gesprochen wurden.

zu 11.26 Herr Steinke zu Trinkbrunnen

Herr Steinke fragte, wann die Übersicht zu möglichen Trinkbrunnen-Standorten vorgelegt wird.

Herr Bürgermeister Geier sagte eine schriftliche Beantwortung zu.

zu 11.27 Herr Steinke zu illegalen Müllablagerungen

Herr Steinke sagte, dass es im Bereich Ernst-Kamieth-Straße Ecke Buddestraße illegale Müllablagerungen gibt. Er fragte, ob dies der Verwaltung bekannt ist.

Herr Bürgermeister Geier bedankte sich für den Hinweis und sagte zu, dies an die Hallesche Wasser und Stadtwirtschaft weiterzugeben.

zu 11.28 Herr Feigl zu TOP 11.5

Bezugnehmend zum Tagesordnungspunkt 11.5 fragte **Herr Feigl**, warum nicht kurzfristig dargestellt werden kann, aus welchen Zahlen sich die Zusammenstellung speist, zumal im Planungsausschuss Zahlen vorgelegt wurden. Er bat um eine detaillierte Auflistung.

Herr Rebenstorf sagte zu, im Ausschuss für Planungsangelegenheiten darüber zu informieren.

zu 11.29 Herr Senius zu TOP 11.9

Bezugnehmend zum TOP 11.9 fragte **Herr Senius**, welche Gründe das Land daran hindert, zu ihren Nutzungsmöglichkeiten Stellung zu nehmen und Überlegungen zu entwickeln und wann die letzte Anfrage der Stadt hinsichtlich einer Klärung war.

Herr Rebenstorf sagte, dass bislang unklar ist, in welchem Umfang die JVA in der Frohen Zukunft ausgebaut wird. Daher gibt es noch keine Entscheidung zum Roten Ochsen.

zu 11.30 Herr Eigendorf zu TOP 11.10

Bezugnehmend zum TOP 11.10 fragte **Herr Eigendorf**, welche Planungsarbeiten für das Jahr 2023 vorgesehen sind, um den Ausbau des Radwegenetzes sicherzustellen.

Herr Rebenstorf sagte zu, darüber im Ausschuss für Planungsangelegenheiten zu informieren.

zu 11.31 Herr Menke zur Kriminalitätsstatistik

Herr Menke kritisierte, dass Herr Bürgermeister Geier unter dem Tagesordnungspunkt 5 nicht über die Einrichtung einer Koordinierungsgruppe informiert hat. Das Thema wird seit geraumer Zeit diskutiert, es gab bereits entsprechende Anträge dazu. Er fragte, warum diese Runde nicht als Runder Tisch bezeichnet wird und ob die Teilnahme von Stadträten möglich ist. Er fragte, ob in dieser Runde auch Jugendrichter vertreten sind.

Herr Bürgermeister Geier sagte, dass die Einschätzung der Staatsanwaltschaft entscheidend ist und daher diese der Runde angehören. Jugendrichter gehören nicht zur Koordinierungsgruppe. Diese können im Rahmen ihrer Verantwortung entsprechend über Delikte urteilen. Die Bezeichnung der Runde ist nicht maßgeblich. Vertreter des Stadtrates sind in der Runde nicht zugegen, da dieses Themenfeld nicht in die Zuständigkeiten des Stadtrates fällt und politische Aspekte bei der Betrachtung außen vorgelassen werden sollen. Der Stadtrat wird entsprechend über die Ergebnisse informiert.

zu 11.32 Herr Helmich zum Mitteldeutschen Marathon 2023

Herr Helmich sagte, dass der Mitteldeutsche Marathon 2023 zeitlich mit einer weiteren großen Veranstaltung in Magdeburg stattfinden soll. Dies wurde bereits in der Sitzung des Sportausschusses angemerkt. Er fragte, ob hier Gespräche mit den Veranstaltern stattgefunden haben und zu welchem Ergebnis man gelangt ist.

Frau Dr. Marquardt sagte, dass Gespräche stattgefunden haben, man im Ergebnis aber dabei verblieben ist, beide Veranstaltungen am gleichen Wochenende stattfinden zu lassen. Sie sagte zu, im Sportausschuss darüber zu informieren.

zu 11.33 Herr Dr. Bergner zum Grün- und Freiraumkonzept Altstadt

Herr Dr. Bergner bezog sich auf das beschlossene Grün- und Freiraumkonzept Altstadt und sagte, dass eine Umnutzung des Friedemann-Bach-Parkplatzes vorgesehen ist. Er fragte, ob diese Idee mit der Moritzburggalerie oder der Leopoldina abgestimmt wurden ist.

Herr Rebenstorf sagte, dass der Bereich der Vollständigkeit halber mit aufgenommen wurde. Es ist das Mobilitätskonzept abzuwarten. Es gibt noch keine Überlegungen hinsichtlich des Parkplatzes oder der Bäume.

zu 12 Anregungen

Es wurden keine weiteren Anregungen gegeben.

zu 13 Anträge auf Akteneinsicht

Es lagen keine weiteren Anträge auf Akteneinsicht vor.

Frau Müller bat um Herstellung der Nichtöffentlichkeit.

Für die Richtigkeit:

Katja Müller
Vorsitzende des Stadtrates

Maik Stehle
Protokollführer